

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiler Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonat 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 19. September 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Entwicklung der Steinindustrie. II. — Die Vertretung durch Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte vor den Gewergerichten. — Wirtschaftliche Rundschau. — Zur Sperre der vereinigten Marmorwerke Tegernsee, Ruhpolding und Marggrün, Aktiengesellschaft Bad Aibling. — Bekanntmachungen des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Der englische Trade-Unions-Kongress. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Gewerkschafts-Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907. II. — Unfall oder Lungenleiden? — Ein Judalohn. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Der Besuch einer Baugewerkschule. — Aphorismen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Bielefeld: Firma Kronenberger. — Mühlhausen (Hess.): Blas Rlerst — Kreuznach (Wab): F. R. Köbig. — Böllsen bei Springe: Firma Menjing.

Mitten u. Blauberg. Bei der Bayerischen Granit-Aktiengesellschaft dauert der Streik weiter.

Mainz. Der Streik der Marmorarbeiter dauert unverändert weiter.

Marktleuthen. Die Firma Gebrüder Bates hat unsere Kollegen ausgesperrt, weil sie sich weigerten, aus dem Verbandsauszutreten.

Offenbach. Der vorgelegte Tarif wurde nicht anerkannt. Die Kollegen stehen im Streik.

Bad Aibling. Das hiesige Marmorwerk versucht mit allem Nachdruck alle Verbandsfunktionen der Reihenfolge nach aus dem Betrieb zu entfernen; Maßregelungen um Maßregelungen folgen. Der Betrieb ist gesperrt. Die Steinarbeiter des Auslandes sind auf diese Maßnahme besonders hingewiesen.

Wetzlar. Die Porphyrrwerke wollten Verschlechterungen vornehmen. Alle Streikenden sind abgereist.

Mitten (Westfalen). Die Kollegen haben fortwährend mit Lohn-differenzen zu kämpfen. Zugang immer noch verhalten werden.

Müders. Die Firma Kollmeyer in Goldbach hat den Tarif nicht anerkannt. Arbeitsangebote sind unter allen Umständen abzulehnen.

Landau (Schlesien). Herr Donath hat unseren Kollegen gekündigt; wahrscheinlich ist ihre Verbandszugehörigkeit Grund zu dieser Maßnahme.

Hagen (Westfalen). Die Steinmehrer der Firma Emil Küpper sollten für die Mainzer Marmorbubenbesitzer Streikarbeit anfertigen. Unsere Kollegen, die diese Zumutung zurückwiesen, wurden entlassen. Der Platz Küpper ist gesperrt.

Oesterreich. Differenzen bestehen in Bodenbach, Kamnitz, Heinrichsgrün, Görlau, Schwarzbrenn, Neuhaus, Wien und Deutsch-Altenburg.

Schweiz. Gesperrt sind für Sandsteinhauer die Orte: Angeri, Menzingen, Mägenwil, Döhrmaringen, für Kunststeinarbeiter: Chang-de-Fonds, Rorschach sowie für Marmorarbeiter: Goldbach.

Ungarn. Sopron, Fiume und Eszék sind gesperrt.

Die Entwicklung der Steinindustrie.

II.

Eine große Ausdehnung hat die Steinindustrie in der bayerischen Rheinpfalz. Die Produktion erreichte im Jahre 1906 ihren Höhepunkt, 1907 ist ein merklicher Rückschlag eingetreten. Nach dem Berichte der Handels- und Gewerbestatistik in Ludwigshafen wurden 1907 in der Rheinpfalz produziert:

	Tonnen	Wert RM.	Vorhand. Betriebe	Arbeiter	Arbeiter- innen
Kalkstein u. Dolomit	167 271	249 289	68	308	954
Sandstein	286 752	1 559 129	268	1797	—
Basalt	26 050	50 724	2	20	—
Granit	66 659	98 374	3	91	—
Melaphyr u. Porphyr	425 058	1 086 575	47	1696	—
Summa	921 790	2 720 091	320	3604	954

Sicherlich ist die Arbeiterzahl eine noch größere, als wie uns die Statistik sagen läßt; es ist leicht begreiflich, daß die gemachte Umfrage nicht alle Betriebe und Arbeiter erfaßt hat. Besonders auffällig ist die hohe Zahl der in Melaphyr- und Porphyrrbrüchen Beschäftigten. Unter diesen Arbeitern haben wir in organisatorischer Beziehung so gut wie gar keine Erfolge. Das muß uns besonders zu denken geben.

Eine sehr eminente Bedeutung hat die Hartsteinindustrie im Handelskammerbezirk Köln a. Rhein. Die dortigen Steinbruchinteressenten machten kürzlich eine Eingabe an das preussische Eisenbahnministerium zur Erlangung billiger Eisenbahnfrachtsätze. In dieser Eingabe schilderten sie den Stand ihrer Unternehmungen etwa folgendermaßen:

25 Mitglieder des Verbandes westdeutscher Steinbruchbesitzer beschäftigten

1904	5280 Arbeiter
1905	6060 "
1906	6688 "
1907	7800 "

Regen wir das letzte Berichtsjahr unserer Betrachtung zugrunde, so hat jeder Unternehmer durchschnittlich 292 Steinarbeiter beschäft-

tigt. Hier haben wir es also nur mit Großindustriellen zu tun. Interessieren wird es die Leser sicherlich, wenn wir den Eisenbahnverband dieser 25 Unternehmungen noch bekannt geben. Es wurden versandt (in Tonnen):

	1904	1905	1906	1907
an Reihpflastersteinen	188 157	190 660	224 072	252 948
an sonstigen Steinbruchserzeugnissen	939 126	1 247 340	1 561 540	1 879 000

Im Jahre 1907 wurden also insgesamt verfrachtet: 2 131 943 Tonnen, das sind 213 194 Eisenbahnwagenladungen. Auf jedes Mitglied kommen pro Jahr 8527, oder pro Arbeitstag (300 Arbeitstage gerechnet) 28 Wagonladungen. Mit dem Eisenbahntransport rangieren die rheinischen Steinindustriellen gleich hinter den Zechenbesitzern. Angesichts solcher Zahlenergebnisse müssen wir doch sagen, daß wir diesem Teil der Steinindustrie in organisatorischer Hinsicht viel zu wenig Interesse entgegenbringen. Wir dürfen an den Brüchen, in welchen Reihpflastersteine und Marschlag gewonnen werden, nicht mehr so achtlos vorbeigehen. Hier können im richtigen Sinne des Wortes noch Massen von Verbandsmitgliedern gewonnen werden.

Die Unternehmer im Kölner Bezirk fordern mit Recht billige Frachtsätze, und es scheint Aussicht auf Gewährung derselben vorhanden zu sein. Treten diese billigen Frachtsätze ein, dann — so folgert der Verband westdeutscher Steinbruchbesitzer — können pro Jahr noch um 2 000 000 Tonnen mehr Abfallsteine verhandelt werden. Wie Figuren zeigt, sind die rheinischen Bruchbesitzer ja an der Arbeit, um ihre Absatzgebiete zu erweitern.

Wenn die Ueberschrift dieses Artikels lautet: Die Entwicklung der Steinindustrie, so müssen wir doch kurz auf die immer mehr zurückgehende Sandsteinindustrie im Elbtal eingehen.

Die Höhengänge in der Amtshauptmannschaft Pirna weisen unerlöschliche Sandsteinlager auf. Die Lagerungen sind so mächtig, daß noch Hunderte von Jahren vergehen, ehe zum mühsamen Tiefbau übergegangen werden muß. Wie leicht das Material gewonnen wird, geht daraus hervor, daß vor etlichen Jahren eine Felswand durch das sogenannte Schrämmen zum Niedergang gebracht wurde, welche 12 000 Kubikmeter Rohsteine ergab. Trotz der Güte des harten Materials geht die Steinindustrie im Elbtal immer mehr zurück, wie nachstehende Aufstellung beweist. Es wurden beschäftigt:

1872	4811 Personen
1884	2703 "
1887	3357 "
1890	4025 "
1903	2694 "
1904	2491 "

Der Rückgang der Beschäftigten innerhalb 32 Jahren ist geradezu enorm zu nennen. Durch einige Ziffern der Produktionsstatistik wird dieser Vorgang ebenfalls noch drastisch illustriert. Es wurden produziert:

1873	387 727 ohm
1882	178 000 "
1888	211 000 "
1895	172 000 "
1900	167 000 "
1903	113 000 "

Die Herstellung fertiger Steinmehrgüter hat bezuglich einen kolossalen Rückschlag zu verzeichnen. Im Jahre 1898 waren in Pirna und Umgebung noch 512 Steinmehrer beschäftigt; heute ist die Zahl um mehr als die Hälfte gesunken. Für die Steinmehrer in Pirna ist geradezu eine trostlose Zeit eingetreten. In Riesa, wo früher über 100 Mann beschäftigt waren, die nur Elbsandstein verarbeiten, sind heute kaum mehr 10 Mann in Tätigkeit. Während die Steinindustrie im allgemeinen an Bedeutung sehr stark gewonnen hat, ist für Sachen, soweit der Sandstein in Frage kommt, dieser enorme Rückschlag zu verzeichnen. Woher aber kommt das? Wir erblicken die Ursache darin, daß früher, wo die Sandsteinindustrie überhaupt noch in den Rinderhöfen stand, die sächsische schon eine große Bedeutung hatte und bei der Vergebung von großen Aufträgen meist den Sieg davontrug. Vor 30 oder gar 40 Jahren war z. B. die Sandsteinindustrie im Bunsäuer und dem Heuscheuer Gebiet ohne jegliche Bedeutung. Heute ist das anders geworden. Wenn namhafte Architekten gegenüber dem Elbsandsteinmaterial eine gewisse Voreingenommenheit zeigen, so ist das vollauf erklärlich, indem in früheren Jahren einfach jeder Schund von Rohmaterial an den Mann gebracht wurde. Gewiß wurden die Unternehmer bei dieser Methode reich; sie haben aber indirekt, weil ihnen die Güte des Materials ganz nebensächlich war, sich selbst geschadet. Jetzt sind die bedeutendsten Bruchbesitzer daran, eine „große“ Aktiengesellschaft zu gründen, das Stammkapital soll 750 000 Mark betragen. Auf der Leipziger Börse wurde für dieses Unternehmen zwar viel Klatsch gemacht, der Ankauf von Aktien aber unterblieb. Die Herren Bruchbesitzer kommen mit ihrem Projekt genau um 20 Jahre zu spät. Doch früher hatten sie etwas Wichtigeres zu tun. Die Organisation der Steinarbeiter hatte im genannten Gebiet schon damals eine starke Anhängerschaft, und dieser galt in recht entschiedener Weise der Kampf. Würden die Unternehmer vor 20 Jahren eine Interessengemeinschaft gebildet haben, was ja durch Mißgunst untereinander ausgeschlossen war, dann konnten sie heute bei der Uebernahme von großen Bauten die erste Geige spielen.

Betrachten wir die Konzentration des Großkapitals in der Steinindustrie. Es sind uns folgende Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht bekannt:

Gessische Hartsteinwerke in Eiserfeld; Marmorwerk Rießer in Rießerfeld; Allgemeine Straßenbaugesellschaft und Kunststeinwerke, vormals Schuffelhauer, in Berlin; Basalt-Aktiengesellschaft in Ding a. Rh.; Granit-Aktiengesellschaft Regensburg; Bayerische Hartsteinindustrie in Würzburg; Bergische Dolomit- und Weißkalkwerke in Gritten; Bergisch-Märkische Steinindustrie Köln; Kaiser-Steinbruch, Aktiengesellschaft in Köln; Schiefer- und Kunststeinwerke in Blintendorf; Deutsche Steinindustrie Schleier in Berlin; Diabas-Steinbrüche Neuwert bei Mübeland; Basalt-

Aktiengesellschaft in Bayreuth; Granitwerke Adermann (G. m. b. H.) in Weizenstadt; Deutsche Steinwerke C. Welter, Sitz Berlin; Granitwerke der Lokalbahn-Aktiengesellschaft Gotteszell; Granitwerk Steinerne Renne in Bernigerode; Hohlburger Quarz-Porphyrwerke in Rödnitz; Lahndolomitwerke in Limburg; Marmorwerke in Tegernsee; Redlinghäuser Marmor- und Kalksteinindustrie in Siegen; Mittweidaer Granitwerke in Neudörfchen; Wallheimer Kalkwerke in Wallheim; Holzmann u. Co., Frankfurt a. M.; Sozieté anonyme Düsseldorf; Oberpaffeler Basalt-Akt.-G. in Oberpaffel; Oberfränkische Basalt-Aktiengesellschaft in Hof; Oberrheinische Portlandzementindustrie in Darmstadt; Preussisch-hessische Basaltwerke in Kesselbach; Rheinisch-Westfälische Portlandzementwerke in Lier; Rheinisch-Westfälische Kalkwerke in Dornach; Rumbergschiefer Akt.-Ges. in Waldsraach; Sächs.-Thüring. Akt.-Ges. für Kalksteinverwertung in Köfen; Schieferbau Akt.-Ges. in Nuttlar; Schieferbergbau Akt.-Ges. in Limburg; Solnhofener Aktienverein in Solnhofen; Springer Kalksteinwerke in Springe; Steinbruch-Aktiengesellschaft in Köln; Steinfabrik Ullm; Steingewerkschaft Ofenstetten bei Kelheim; Stein- und Tonindustrie Prohla; Thüringische Schieferbergbau-Aktiengesellschaft in Reichenbach; Treuchtlinger Marmorwerke, G. m. b. H., in München; Vereinigte Mofelschiefergruben Aktiengesellschaft in Köln; Westdeutsche Marmorwerke in Dortmund; Niederbayerische Granitwerke, G. m. b. H., in Metten; Kalkwerk Libesitz (G. m. b. H.) Liegnitz; Laurahütte Aktiengesellschaft Macznicowitz; Harzer Werke Aktiengesellschaft Blankenburg; Steingewerkschaft Kappelberg; Stein- u. Tonindustrie Berlekepp; Löbejünner Porphyrrwerke; Sieglische Güter- und Steinbruchverwaltung Friedenfeld; E. Kulmich, G. m. b. H., Oberkreutz; Pfälzer Steinindustrie Karlsruhe; Römer Steinbruchgesellschaft Kochern; Wegener Sandstein-Kompanie; Vereinigte Porphyrrwerke Köhlich; Spriger Aktiengesellschaft Berlin; Internationale Baugesellschaft Frankfurt.

Diese Rubrikierung kann natürlich auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben; aber immerhin zeigt die Aufzählung schon, daß in der Steinindustrie das Großkapital äußerst stark interessiert ist. Die Kleinmeister, ausgenommen diejenigen, die Grabsteine auf Lager haben, werden immer mehr von der wirtschaftlichen Wertschöpfung verdrängt. Es ist ja vom technischen Standpunkt aus undenkbar, daß ein oder mehrere Meister mit je 10 bis 12 Gefellen die Werksteinnlieferung zu einem größeren Bau übernehmen können. Diese Meister sind nicht einmal in der Lage, die nötige Kautions stellen zu können. Ihre Brüche werden primitiv betrieben; es fehlt an maschinellen Einrichtungen und wenn faktisch das Rohmaterial gewonnen wäre, wer soll es verarbeiten und in welchen Werkstätten soll diese Verarbeitung vor sich gehen? Die Kleinmeister sind meist gute und fleißige Steinmehrer oder Brecher gewesen; aber um große Aufträge übernehmen zu können, gehört das technische Disponieren, und das fehlt diesen Leuten natürlich im weitesten Maße. Die Kleinmeister in der Steinindustrie sind das in Wirklichkeit nicht, was ihnen der Titel — sagen läßt; sie sind Unterakkordanten der Großindustriellen und von diesen völlig abhängig. Wenn ihnen jener keine Arbeiten übergibt, müssen die paar Gefellen ebenfalls noch entlassen werden. Allerdings dürfen wir nicht verschweigen, daß der Großindustrielle ein gewisses Interesse daran hat, daß die Unterakkordanten nicht ganz verschwinden. Bei Streiks zum Beispiel kann der Industrielle vom Unterakkordanten noch am ehesten Unterstützung durch die Uebernahme von Lieferungen erwarten. Für diese Gefälligkeit wird dann dem Unterakkordanten dadurch — Neberenz erwiesen, indem ihm meistens die am schlechtest bezahlten Arbeiten eines Baues übertragen werden; diejenigen Werkstücke aber, die lohnend sind, werden dem Hauptbetrieb selbst vorbehalten.

Ein- und Ausfuhr von Steinwaren.

Die Ein- und Ausfuhr von Steinwaren ist in Deutschland auch nicht ganz unbedeutend. Folgende Zahlen geben darüber Aufschluß:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1905	1904	1905	1904
Marmor	422 809	472 502	12 368	20 909
Rohsteine (Rohblöcke)	848 908	775 998	4 625 601	3 982 322
Werksteine	1 058 874	711 119	567 705	335 435
Pflastersteine	6 776 376	4 668 079	488 120	407 370
Geböigte Blöcke	1 271	1 529	11 874	14 874
Steinmehrgüter (grobe, ungeschliffene)	291 762	173 330	2 975	5 010

Die Einfuhr hatte 1905 einen Wert von 35 185 000 Mark, die Ausfuhr repräsentiert einen solchen von 25 125 000 Mark. Nun kann man ja einwenden, weil es viele Unternehmer belieben, die Einfuhr von Steinmaterialien müsse unterbunden werden. Aber so vernünftig sind sie auch, daß sie die Ausfuhr von Steinwaren nicht beseitigen wollen. Wenn wir in Deutschland für erstklassiges Pflaster ein besseres Rohmaterial hätten, die schwebische Konkurrenz wäre baldigt aus dem Felde geschlagen. Die Einfuhr fiel im Jahre 1907 auf 25 468 000 Mk., gegen 1905 entfiel also ein Minus von etwa 10 Millionen Mark. Doch wir haben keine Veranlassung, die Zollfrage aufzurollen; nur sei kurz angedeutet, daß beispielsweise die Marmorindustrie mindestens zu 90 Prozent fremde Materialien verarbeitet. Will man auch diese Einfuhr unterbinden? Wir haben noch nichts gehört, daß die Marmorindustriellen für das eingeführte Rohmaterial hohe Zollsätze verlangen. Das würde ja die eigentliche Selbststrangulierung sein. In Deutschland werden ziemlich alle gangbaren ausländischen Marmorarten verarbeitet. Wir wollen davon folgende aufzählen: Carrara, Untersberger, Nembro-Rosso, Nembro-Giallo, Rosso-Comune, Rosso-Carico, Rouge-Criote, Rouge-Imperial, Trentiner, Borsiglio-Unito, Borsiglio-Neuri, Grau-schnell, Rosso, Reggello, Laaser, Bleu-Beige, Siena, Campan-verte, Pan-nazzo, Levante-Rosso, Cypolin, Bordo-ro usw. Unsere Marmorindustrie ist auf fremdändisches Rohmaterial angewiesen; allerdings sei hinzugefügt, daß auch im Inlande ganz brauch-

Bares Marmorgestein gefunden wird, aber wie schon betont, die Brüche werden nicht rationell ausgebeutet.

Daß sich die Pflastersteinindustrie enorm entwickeln mußte, geht daraus hervor, indem heute es die Verkehrsinteressen schon gebieten, daß insbesondere die städtischen Straßenzüge nicht nur breit angelegt werden, die Pflasterung muß auch eine äußerst solide sein. Der Granit ist eben das geeignetste Pflastermaterial. Das Kunstpflaster wird sich wohl in Kleinstädten schwer Eingang verschaffen können; es ist zu teuer und dann sind die Reparaturen zu häufig. Aus den Statistiken der Stadt Charlottenburg heben wir hervor, daß für die Anlieferung von Pflastersteinen 1904 203 437,35 M. und 1905: 392 788,40 M. ausgegeben wurden. Für eine einzige Stadt sind diese Summen geradezu enorm zu nennen. Und wieviel ist in den deutschen Großstädten bezüglich der Straßverbesserung noch zu tun?

Die Ausdehnung in der Steinindustrie hat wohl ihren Höhepunkt erreicht. Ja es ist sogar zu befürchten, daß die Kunststeinfabrikation so überhand nimmt, daß eine schwere Schädigung der Sandsteinindustrie nicht ausgeschlossen erscheint. Die Kunststeinfabrikation und deren Entwicklung behandeln wir später in einem besondern Artikel.

Die soziale Lage der Steinarbeiter hat sich allerdings durch die Macht unseres Verbandes ziemlich gehoben, aber noch vieles bleibt uns zu tun übrig. Die miserablen Lohnverhältnisse der einzelnen Kategorien brauchen wir in diesem Artikel nicht besonders zu würdigen, die lehrlich veröffentlichten Statistiken aus den einzelnen Zahlstellen geben darüber ja eingehend Auskunft.

Resümieren müssen wir in dem Sinne, daß mit dem Ausbreiten der Steinindustrie das Fortschreiten unseres Verbandes nicht gleichen Schritt gehalten hat. Ziehen wir daraus die nötigen Schlüsse!

Die Vertretung durch Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte vor den Gewerbegerichten.

Der Umstand, daß vor kurzem das Gewerbegericht in Kassel, trotz der Einrede der andern Partei, in einem Prozesse einen Gewerkschaftsbeamten als Prozeßbevollmächtigten zugelassen und die Zulassung in der betreffenden Sache ausführlich begründet hat, läßt die Frage der Vertretung der vor das Gewerbegericht Geladenen aufs neue hervortreten. Es ist in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter allgemein bekannt, daß auch der Gewerkschaftskongreß in Hamburg zu dieser Frage Stellung genommen und sich dann nach einem Referat des Arbeitersekretärs Lesche in einer Entschließung dahingehend ausgesprochen hat, daß, unbeschadet der Bestimmung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, die Gewerkschaftsbeamten im weiteren Sinne als Prozeßbevollmächtigte und Vertreter der vor das Gewerbegericht geladenen Arbeiter durch das Gericht anerkannt werden müßten.

Der Umstand, daß es sich bei diesem Beratungsgegenstand auf dem Gewerkschaftskongreß ganz besonders auch um die Frage der Vertretung der Arbeiter vor den Unfall-Schiedsgerichten handelte, bewirkte es, daß — wie es dem Verfasser schien — die Frage der Vertretung der Arbeiter durch Gewerkschaftsbeamte vor den Gewerbegerichten leider nicht so eingehend behandelt werden konnte, wie es im Interesse dieser sehr wichtigen Sache notwendig gewesen wäre.

Es ist oft darüber berichtet worden, daß, vielleicht in der Mehrzahl der Fälle, die Gewerbegerichte in dieser Frage einen andern Standpunkt eingenommen haben, als in einem bestimmten Falle das Gewerbegericht in Kassel. Sie stützten sich hierbei auf den schon genannten § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, der da vorschreibt, daß Rechtsanwältin und Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegericht nicht zugelassen werden sollen. Die Zweckmäßigkeit dieser Vorschrift steht außer allem Zweifel. Es war schon kurz vor der Zeit der Errichtung der früheren, hier und da auf grund landesrechtlicher Normen in kraft gewesenen gewerblichen Schiedsgerichte, also bei den Vorgängern der heutigen Gewerbegerichte, eine der ersten Forderungen der Arbeiter, die Rechtsgelehrten von der Vertretung vor Gericht auszuschließen, weil man durch ihre Zulassung für die Arbeiter in mehr als in einer Beziehung Nachteile befürchtete. Das gilt auch noch für heute. Wenigstens es heutzutage, namentlich in den größeren Städten, Juristen und Rechtsanwältin gibt, die sozialpolitisch den Arbeitern nahe stehen, die das Recht des Arbeitsvertrages und die Interessen der Arbeiter kennen, und darum recht wohl zur Prozeßführung geeignet sind, so treffen diese für das Recht der Arbeiter notwendigen Bedingungen und Voraussetzungen nicht immer und überall zu. Es gibt unter den Rechtsanwältin viele, vielleicht sind es die meisten, die mit dem Arbeitsrecht, den Arbeiterverhältnissen und den Anschauungen der Arbeiter nicht vertraut sind. Weil man nun mit der Bestimmung des § 31 der Entwicklung des Arbeitsrechts förderlich sein wollte, und dies bis zu einem gewissen Grade auch erreicht hat, so ist, wie gesagt, gegen die Zweckmäßigkeit des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes nichts einzuwenden. Eine allzu enge Auslegung dieser Vorschrift rechtfertigt sich jedoch heute nicht mehr. Die Verhältnisse haben sich im Laufe der Zeit, seit der Errichtung der Gewerbegerichte, sehr geändert. Die Gewerkschaftsbewegung ist umfangreicher geworden. Es fehlt den Arbeitern heute nicht mehr an rechtskundigen Beratern, die, was die Kenntnis des positiven Rechts anbelangt, außer auf anderen Gebieten des Arbeitsrechts, auch in Beziehung auf die Vorschriften des Titels VII der Gewerbeordnung und der sonst noch für das Arbeitsrecht in Betracht kommenden Gesetze, auch nach der formalen Seite, manchem Juristen mindestens ebenbürtig sind. Wenn es nun irgend einen Umstand gibt, dem Arbeitsrechte Raum zur Entwicklung zu geben, wo fänden wir für ihn wohl besser die Bedingungen, als gerade in der Zulassung von Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretären als Prozeßbevollmächtigte. Durch ihre nicht nur vom Standpunkte der Arbeiter, sondern auch im Interesse einer allmählichen Anbahnung eines von modernen sozialpolitischen Anschauungen getragenen Rechts, eines neuen Rechts, erwünschte Tätigkeit und Prozeßführung mag wohl öfter die Vermutung erwacht worden sein, als ob dies vor den Gewerbegerichten zur ungleichen Verteilung von Licht und Schatten führe und zu Ungunsten der vor Gericht erscheinenden Unternehmer ausschläge. Es müßte aber ein im Arbeitsrecht unerfahrener Gerichtsvorsitzender sein, der sich in seinem Be-

streben, das Recht zu finden, durch eine mehr oder weniger große Gewandtheit in der Prozeßführung eines Gewerkschaftsbeamten oder Arbeitersekretärs auch nur irgendwie beeinflussen ließe, und von seinen Beistandern muß man das selbe erwarten.

Betrachten wir nun einmal die Sache auch vom praktischen Gesichtspunkte. Die Erfahrung, die sich die Vorsitzenden und die Beistand der Gewerbegerichte durch langjährige Tätigkeit erworben haben, lehrt es, daß die Zulassung der Gewerkschaftsbeamten als Prozeßbevollmächtigte vor Gericht im allgemeinen durchaus im Interesse einer schnelleren Erledigung der Sachen liegt. Es ist hinsichtlich des glatten oder schwierigen Verhandels im Prozesse, zumal bei verwickelten Tat- und Rechtsfragen, durchaus von großem Unterschied, ob ein in allen Dingen bewandelter Vertreter vor Gericht erscheint, oder jemand, der aus einem in seiner Person liegenden Grund kaum fähig ist, seine Sache zu führen; wenngleich es auch für die Entscheidung des Gerichts belanglos ist. Bei Sachen, die ihrer Natur nach zu einem Vergleiche führen könnten, bekanntlich sind dies sehr viele, ist es zwar erwünscht oder notwendig, daß die Partei selber vor Gericht erscheine, oder, wenn dies nicht möglich ist, sie ihren Vertreter entweder freie Hand lasse oder ihm die Grenze angebe, bis zu der er bei einem Vergleiche gehen kann, damit er es nicht nötig hat, sich das zeitliche Rücktrittsrecht vom Vergleiche vorzubehalten.

Zur Notwendigkeit wird oft die Vertretung der Arbeiter durch Prozeßbevollmächtigte bei ihrer Abwesenheit von Orte, bei Krankheit oder aus andern Gründen, die den Arbeiter verhindern, den Gerichtstermin wahrzunehmen. Es ist aber z. B. für einen ortsfremden Arbeiter oft sehr schwer, außer einem Gewerkschaftsbeamten oder Arbeitersekretär einen geeigneten Vertreter zu finden, da viele es nicht gern tun, und viele auch nicht dazu in der Lage sind. In solchen Fällen kann dem Arbeiter nicht immer damit gedient sein, daß, nach dem Kommissionsbericht zu § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, Angehörige (auch die Ehefrau), Berufsgenossen oder Freunde, soweit sie die Vertretung nicht geschäftsmäßig betreiben, seine Prozeßbevollmächtigten werden können. Vom Orte Abwesende können sich allerdings wegen Bestellung eines Prozeßvertreters an das zuständige Gewerbegericht wenden. Dieses fragt dann bei einem Gerichtsschreiber oder Beistand des Gerichts wegen der Uebernahme der Vertretung an. Wenn einem solchen Gesuch auch gern entsprochen wird, so ist dieser Weg nicht immer beliebt.

Aus allen diesen Gründen sollte man sich nicht auf den Standpunkt einer allzu engen Auslegung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes stellen. Es entspräche dies nicht den sozialen Aufgaben des praktischen Lebens und auch wohl kaum dem Willen des Gesetzgebers. Dieser wollte wohl nur solche Personen als Prozeßbevollmächtigte vor dem Gewerbegericht ausgeschlossen wissen, die selbständig und in ihrem eigenen Interesse die Vertretung übernehmen, wie es die Rechtsanwältin tun. Dies trifft aber, wie bekannt, bei den Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretären nicht zu.

Ein Gewerbegericht legte nun bei der Begründung der Zurückweisung, wie es schien, einen besonderen Nachdruck auf das Wort „geschäftsmäßig“ im § 31 des Gesetzes, indem es ausführte, daß, obwohl der Gewerkschaftsbeamte usw. die Prozeßführung vor Gericht kostenlos übernehme, so geschähe sie doch insofern geschäftsmäßig, als es eben zu den Geschäften des Gewerkschaftsbeamten nach seinem Anstellungsverhältnis gehöre, die Arbeiter vor Gericht zu vertreten. Diese Auffassung ist aber nicht zutreffend. Eine Verpflichtung zur Prozeßführung der Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre besteht keineswegs. Sie wird nur geübt, wo es aus besonderen Gründen notwendig ist.

Das Verlangen, das unter Umständen die Arbeiter tragen, durch einen Gewerkschaftsbeamten vor dem Gewerbegericht vertreten zu werden, muß man natürlich auch bei den Unternehmern durch die Angestellten ihrer Organisationen als berechtigt anerkennen. Wenn auch die Besitzer großer Geschäfte in ihren Unternehmungen oft rechtskundige Angestellte haben, durch die sie sich vor Gericht vertreten lassen können, so haben sie auch in ihren wirtschaftlichen Organisationen, in den Arbeitgeberverbänden, den Innungen usw. rechts- und sachkundige, mit den Arbeits- und Arbeiterverhältnissen erfahrene Beamte, die sich, ebenso wie die Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre, zur Prozeßführung eignen und zugelassen werden sollten, sobald sich die Notwendigkeit hierzu erweist.

Aus gleichen oder ähnlichen Erwägungen wie den vorstehenden etwa zu folgern, daß unter solchen Umständen ausnahmsweise die Anwältin als Prozeßvertreter vor den Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten zugelassen werden müßten, wie es Herr Stadtrat Dr. Fleisch in Frankfurt a. M. in einem Aufsatze des „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ (siehe Nr. 10, Jahrg. 1907) unternimmt, wäre wohl verfehlt. Was daraus entnommen werden kann, ist die Aufrechterhaltung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, bei einer nicht so engen Auslegung dieser Vorschrift.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Ausfichten des Getreidemarktes. — Die Verschiedenartigkeit der Preisbewegung in Industrie und Landwirtschaft.

Da sich das wirtschaftliche Gesamtbild in den letzten Wochen kaum verändert hat, so dürfte es an der Zeit sein, wieder einmal die Preisbewegungen auf dem für den Konsum der großen Massen so wichtigen Getreidemarkt rückschauend zu überblicken.

Wir hatten im vorigen Jahre 1907 bekanntlich ein starkes Defizit in der internationalen Getreideernte. Wir hatten infolgedessen in allen Ländern hohe Preise — das heißt hoch im Verhältnis zu den seit vielen Jahren den Weltmarkt kennzeichnenden Preisdurchschnitten, wie sie heute als einer internationalen Normalernte entsprechend angesehen werden können.

Den einfachsten Anhalt zu einer solchen Preisvergleichung bietet das goldfreie England. Während hier für die zehn Jahre 1895/1904 sich etwa ein Weizenburchschnittspreis von 27¼ Schilling herausrechnen läßt, notierte der Quarter (Englisch Gazette Average) 1907 im Durchschnitt 30¼ Schilling, also um 12 Prozent höher. Aber in der entscheidenden zweiten Jahreshälfte ging der Preis noch beträchtlich darüber hinaus, so daß der zeitweilige Höchstpreis (am 2. November 1907 36¼ Schilling) sogar um 33 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 1895/1904 stand.

Für Deutschland liegen die Verhältnisse etwas verwickelter, weil mit dem 1. März 1906 zu den grundlegenden Preisveränderungen, wie sie durch Ernte und Konsum, durch Zufuhr und Nachfrage bestimmt werden, noch ein neuer Zoll hinzutrat: fast 85 Mark für Roggen 50, für Weizen 55 Mark. Die vom Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich bezeichnete Berliner Großhandelsnotierung ergibt im Jahresdurchschnitt 1906 160,6 Mark pro Tonne Roggen, 1907 193,2 Mark — pro Tonne Weizen 179,6 und 206,3 Mark, aber unter Erreichung zeitweiliger Monatsdurchschnitte von 211,08 Mark für Roggen im November 1907 und von 228,36 Mark für Weizen im Oktober 1907. Im großen und ganzen kann man, wie in England, diese deutschen Preisabstände gleichfalls auf Rechnung des Weltmarktes setzen, da die Wirkung der Zolländerung bereits im Jahre 1906, trotz mancher ersten Uebergangsabschwächungen, sehr rasch eintrat, da also die Preise von 1906 im wesentlichen schon mit der Zollherhöhung belastet sind und alle seit 1906 weiterfolgenden Preisbewegungen deshalb, bei nunmehr gleichbleibendem, konstantem deutschen Zoll, aus den Ernte- und Verbrauchsschwankungen abgeleitet werden müssen. Schon 1907 hatten allerdings unsere deutschen landwirtschaftlichen Unternehmer, soweit sie sich nicht vom Handelskapital überhölpeln lassen, einen doppelten Vorteil: sie selber hatten keine besondere Missernte erlitten, erfreuten sich jedoch für ihre befriedigende Körnerproduktion auch noch der Preissteigerung, wie sie aus der internationalen Mindererzeugung naturnotwendig emporkam. Das ist für die heutigen Getreideproduzenten zeitweilig eine recht angenehme Zugabe der immer internationaler gewordenen Preisbildung, während natürlich in andern Jahren ebenso sehr die unangenehmere Begleitererscheinung hervortreten kann: bei schwächeren deutschen Ernten können die deutschen Produzenten auch noch niedrigeren Preise erhalten, weil international reichlich und überreichlich geerntet wurde.

Wie steht es nun im laufenden Jahre? Bekanntlich haben wir fast durchgehends unter einem unruhigen, unsicheren Hin und Her seit Oktober-November 1907 ein allmähliches Wiederherabgleiten der Preise gehabt. Dezemberweizen steht Ende August und Anfang September 1908 in Berlin etwa auf 200 bis 205 Mark, Dezemberroggen etwa auf 176 bis 180 Mark; der englische Weizenquartierpreis stand Ende August 1908 nur noch wenig über 31 Schilling. Ein Teil des Monats August zeigte unter dem ersten Andrang der neuen Ernten sogar eine ziemlich rasche Verbilligung; doch stockt im Augenblick diese Abwärtsbewegung von neuem, es überwiegt sogar die gegenteilige Strömung wieder.

Sicher scheint, daß die deutsche Körnerernte übernormal, vielleicht sogar glänzend ausgefallen ist. Wenn einzelne Distrikte unter ungünstigen Wetterverhältnissen in Güte und Menge des Ertrages gelitten haben mögen, so berührt das die Gesamtheit Deutschlands sehr wenig. Der Preis, vor allem der Erntergebnisse in allen europäischen und überseeischen Produktionsgebieten bestimmt. Die entscheidende Frage bleibt demnach: haben wir international eine normale oder eine unternormale Getreideernte — denn an eine überdurchschnittliche, an eine Rekordernte kann, wie man allgemein zugestimmt, in diesem Jahre zweifellos nicht gedacht werden.

Es ist ziemlich besänftigend, daß wir selbst heute, Anfang September, noch immer wie im Dunkelel heruntasteten müssen und daß dadurch spekulativen Treibern, bald nach oben, bald nach unten, das Handwerk so sehr erleichtert wird. Nordamerika sollte erst über große Ausfuhrmassen zu verfügen haben; aber heute hält es ansehnliche Preisforderungen aufrecht, weil Zufuhren und Bestände verhältnismäßig klein geblieben seien. Die argentinischen Lieferungen schwellen in den ersten drei Monaten des Jahres 1908 geradezu enorm an, so daß hier wenigstens die Schiffahrt nochmals die Frachtkosten steigern konnte. Jetzt sind zwar die Frachten unter dem gegenseitigen Konkurrenzkampf der Reedereien stark zurückgegangen, aber die Kapitalgeber haben trotzdem plötzlich überraschend spärlich; dafür betont man, daß Australien glänzende Ernteaussichten habe und daß man die ewige russische Produktionsmiserie nicht ganz so schwarz wie bisher anzusehen brauche. Wiederum soll die indische Ernte mäßig sein und Frankreich, das erst große Hoffnungen hegte, hat sie unter dem Eindruck von Stürmen und Unwettern bedeutend herunterschrauben müssen. Ähnlich ist Italien schlecht gefahren, während der größte Teil Oesterreich-Ungarns und der Balkanländer mindestens nicht ungünstig dasteht.

Somit gewinnt es mehr und mehr den Anschein, daß wir wegen einer unternormal bleibenden Welterte auch dieses Jahr noch nicht wieder zu normalen (zollfreien) Weltmarktpreisen zurückkehren werden — von den Zollzuschlägen der einzelnen Länder, Deutschland eingeschlossen, ganz abgesehen. Unparteiische englische Fachschätzungen kommen sogar zu einer gleich niedrigen internationalen Weizenunterernte für 1908 wie für 1907, allerdings unter Einstellung außerordentlich reduzierter Ziffern für Indien, deren nachträgliche Berichtigung sehr leicht das ganze Bild umgestalten kann. Wir geben für Weizen diese Ernteziffern (in 1000 Quartern) wieder, und zwar zurückreichend bis auf das Jahr 1905, um das außergewöhnliche Erntedefizit der beiden letzten Jahre 1908 (Schätzung) und 1907 (Ergebnis) greifbarer hervorzuheben:

	1908	1907	1906	1905
Rußland (europ. u. asiat.)	66 000	63 500	63 000	79 500
Frankreich	36 000	46 000	40 600	42 500
Ungarn, Kroatien und Slavonien	19 000	16 100	25 900	28 800
Deutschland	18 000	16 000	18 000	17 000
Italien	17 500	21 000	20 250	18 500
Spanien und Portugal	12 550	12 700	15 600	12 200
Bulgarien, Rumelien, Serbien und Bosnien	7 000	5 500	8 200	6 850
Rumänien	6 000	5 300	13 900	12 500
England	6 750	7 000	7 580	7 540
Belgien-Holland	2 450	2 550	2 450	2 200
Anderer europäische Länder	12 750	11 650	14 180	14 320
Gesamt-Europa	204 000	207 300	229 610	236 410
Nordamerika und Mexiko	99 000	89 500	105 250	101 000
Südamerika	29 500	28 450	22 000	19 250
Asien	85 600	46 200	49 300	43 800
Afrika	5 500	6 800	6 600	5 300
Australien	10 000	7 000	9 000	9 500
Gesamtsumme	383 600	385 250	421 760	415 260

Indien ist dabei allerdings nur mit 26,6 Millionen Quartern für 1908 in Rechnung gesetzt, gegen 38 Millionen im Jahre 1907 und 44,8 Millionen im Jahre 1905. Schon dieses eine Land, günstiger beurteilt, würde also das Schlussergebnis wesentlich ändern können und ähnliche unsichere Rufen finden sich noch mehrfach in der ganzen Aufstellung. Immerhin ist dieser Ueberblick für das laufende Jahr wenig tröstlich.

Wird man noch etwas weiter zurück, so wird man sich vollends klar bemüht, wie verschieden die Preisströmungen innerhalb der kapitalistischen Entwicklung verlaufen. Die gewerblich-industriellen Preise — fast alle ohne Ausnahme und mit starker Uebereinstimmung der Bewegungsgeschwindigkeit auf fast allen Gebieten — steigen in Jahren regen Geschäftslbens, sinken in Jahren der geschäftlichen Depression. Sie sind eben weiter nichts als die Widerpiegelung der geschäftlichen Anspannung oder Entspannung. An den industriellen Preisen kann man deshalb, von ganz monopolistischen Ausnahmefällen abgesehen, geradezu ohne weiteres die Kurve des allgemeinen Geschäftsganges ablesen. Die agrarischen Preise hängen ganz anders von Wind und Wetter ab, die, ohne Rücksicht auf Prosperität oder Depression, ihren eigenen Weg gehen. Wir haben deshalb sehr

oft hohe Agrarpreise bei wirtschaftlichem Niedergang — wie in der Gegenwart —, oder mißnutzt und gar nicht selten niedrige Agrarpreise bei Industrieaufschwung und beim entsprechenden Anziehen aller Industriepreise. Im Augenblick sind deshalb die Lohnarbeiter wieder einmal in der aller schlimmsten Zwangslage; ihre Löhne weichen oder sind nur mit äußerster Kraftanstrengung zu halten, während die Getreidepreise nur eine geringe Abminderung gegen das abnorme Vorjahr erfahren haben und anscheinend nochmals auf der jetzigen Stufe beharren werden. Denn auch dieses Jahr werden wir kaum mit einer normalen Besternte zu rechnen haben.

Berlin, 6. September 1908. Max Schippel.

Zur Sperre der vereinigten Marmorwerke Tegernsee, Ruhpolding u. Warngrün, Aktiengesellschaft Bad Aibling.

Im April 1907 hat die Zahlstelle Bad Aibling das Licht der Welt erblickt. Nicht lange dauerte es, so versuchte Direktor Weminger, ihre Entwicklung zu hemmen. Am besten dachte der strebsame Direktor keinen Aktionären damit zu dienen, daß er jede gewerkschaftliche Regung der Arbeiterschaft durch fortgesetzte Schikanen, durch Entlassungen und Maßregelungen zu unterbinden suchte. Warum dieser Menschenfreund heute nicht mehr auf seinem Throne sitzt, entzieht sich unserer Kenntnis. Wer aber glaubt, daß mit dem Wechsel in der Direktion auch ein Wechsel in der Behandlung der Arbeiter eingetreten sei, ist schwer getäuscht. Geht man dem Vorgänger mittelt auch die jetzige Direktion in der Organisation eine feste Gestalt. Wie vordem, so erfolgt auch jetzt noch Entlassung und Maßregelung und Maßregelung aller unlieben Elemente. Seit sechs Monaten sind nicht weniger als neun Vorstände der Zahlstelle hinausgeschickt worden, ganz abgesehen von den übrigen Arbeitern, die sich im Betrieb regen ob er gar für den Verband tätig waren. Um nun allen Interessenten, insbesondere aber den Kollegen, einen Einblick zu gewähren, wie die Arbeiter dort ständig wechseln, lassen wir diese Feststellung folgen.

In der Woche vom 1. bis 8. September waren beschäftigt:

Steinmetzen	Steinschleifer	Hilfsarbeiter
1 Jahr und darüber	4	2
6 Monate	—	1
5	—	—
4	1	2
3	2	3
2	1	2
1 Monat	2	3
2 bis 3 Wochen	5	2
unter 2 Wochen	5	5

Wenn die Aktionäre wüßten, daß nur ein Stamm tüchtiger Arbeiter die Vorbedingung eines leistungsfähigen Unternehmens ist, müßten sie längst den Aufsichtsrat beauftragen, den Herren Direktoren das Handwerk zu legen. Neben den Schikanen der Betriebsleitung besteht aber auch noch eine durchaus reaktionäre Arbeitsordnung. Auch der Tarifvertrag, der mit der Arbeiterschaft abgeschlossen wurde, ist der Direktion stets ein Dorn im Auge. Ein Mittel bleibt unversucht, ihn zu durchbrechen. Nach dem Tarif soll für Feiertagsarbeiten 60 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Am 15. August (ein gesetzlicher katholischer Feiertag) sollte auf Verlangen der Firma gearbeitet, jedoch von dem vereinbarten Zuschlag abgesehen werden. Die Arbeiter nahmen dazu Stellung und beschlossen, bei den Vertragsbedingungen stehen zu bleiben und nur dann zu arbeiten, wenn der Zuschlag bezahlt wird. Darob war die Betriebsleitung sehr erbost und entließ zwei Mitglieder als die vermeintlichen Urheber dieses Beschlusses und weitere zwei Kollegen wegen angeblicher Minderleistung. Eine Vorstellung des Gauleiters Wittenmeier bei der Direktion, um diese zur Zurücknahme der ungerechten Entlassungen zu bewegen, blieb erfolglos. Jeder Vermittlungsversuch scheiterte an der Starrköpfigkeit der beiden Direktoren. Herr Dirlwanger ließ sich dabei noch zu der Äußerung hinreißen, er habe diese zwei Arbeiter, weil sie das Geschäft schädigten. Wir erlauben uns dagegen zu fragen: Was schädigt das Geschäft mehr, eine Betriebsleitung, die bei der Kalkulation sich ihrer tariflichen Bestimmungen nicht bewußt ist und dadurch alle ehrlichen Geschäftsprinzipien unterbindet, die schon Dutzende der tüchtigsten Arbeiter entlassen hat, weil sie ihr Recht vertraten, die aus dem Betrieb einen Laubenschlag macht und dadurch jeden vierwöchentlichen in Frage stellt, oder Arbeiter, die getreu nach ihren tariflichen Bestimmungen handeln? Dem Treiben nun ein Ende zu bereiten, versammelte sich am 3. und 6. September neben den zwei in Frage kommenden Organisationen der Stein- und der Fabrikarbeiter ein großer Teil der Arbeiterschaft von Bad Aibling, brandmarkt das Gebahren der Betriebsleitung und fasste einstimmig den Beschluß: über den Betrieb bis auf weiteres die Sperre zu verhängen. Die Kollegen werden daher aufgefordert, ihre Solidarität dadurch zu bekunden, daß sie den Betrieb meiden und den Bezug fernhalten, bis die Direktion zur Einsicht kommt, daß die Arbeiterschaft kein Spielball ist.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Steinmetz Georg Edelmann aus Nebau (Verb.-Nr. 30416) ist in der Zahlstelle Hof (Bayern) nach § 3 Abs. 5b vom Verband ausgeschlossen.

Korrespondenzen

Wainville (Frankreich). Im Auftrage der hiesigen organisierten Steinarbeiter will ich die Verhältnisse bei der Firma Société Le Granit schildern, damit nicht die Kollegen auf das im Steinarbeiter erscheinende Inserat dieser Firma hereinfallen. Die Firma Société Le Granit in Wainville suchte im Fachblatt verheiratete Polizeure, aber ich möchte jedem raten, keine Stellung da anzunehmen; es muß sich jeder alsdann sagen, ich esse meinen leuchtigen Kollegen das Brot weg, weil man billiger und schwerer arbeitet wie in Deutschland. Schleifer erhalten 50 bis 55 Cent. (zirka 40 bis 43 Pfg.), Steinmetzen 55 bis 60 Cent. (zirka 43 bis 48 Pfg.) bei 3 1/2 tägiger Arbeitszeit. Bei diesen Löhnen hält es wohl schwer, wieder abreisen zu können. In der Steinmetzhütte wird mit Luftdruck- und 2 Stodmaschinen gearbeitet; da kann sich jeder Kollege, der diese Einrichtung kennt, vorstellen, was für ein Staub vorhanden ist. Wenn man alsdann ein Stück abgibt, kann man Rechnungen hören, so daß selten einer auf seinen Stundenlohn kommt. Ein Herr namens Fohrmanns bereist Deutschland, sucht Polizeure und verspricht diesen Leuten: „Ich komme in acht Tagen auch als Betriebsleiter dahin, dann führe ich deutsches System ein!“ So treibt er jetzt schon drei Monate, ist aber jetzt noch nicht da. Kranken- und Invalidenkassen gibt es nicht, so daß Kollegen, die krank werden, die ganze Zeit für Arzt und Apotheke arbeiten. Fr. Nst.

Bielefeld. Da alle Versuche, mit der Firma Gg. Kronenberger geordnete Lohnverhältnisse zu schaffen, gescheitert waren, beschloß die am Sonntag tagende Mitgliederversammlung in Gegenwart des Gauleiters Wienig, die Sperre über den Platz zu verhängen. Wie dieser Herr alle geschlichen Vorschriften beachtet (dieselben sind schon im Steinarbeiter besprochen worden), so behandelt er auch die Arbeitskraft der Arbeiter unterstüßt von seinen Landsleuten aus Eulenberg (Pfalz), denen ebenfalls wie dem Unternehmer selbst jede geordneten Verhältnisse zuwider sind. Als auf Drängen der Organisation der Gewerbetätigen im Bruch vorstellig wurde, haben sie nicht nur versucht, demselben nach Möglichkeit die Wahrheit zu verschleiern, denn als er weg war, meinten diese Nachkollegen, solange es die Gewerbeinspektoren gebe, lauge es nichts mehr, gemeint war,

daß sie nicht mehr von morgens 4 bis abends 9 Uhr wuchten können, am besten wäre, wenn er wiederfände, daß er rausgeschlagen würde! Diese Kollegen, zirka 7 an der Zahl, die Namen derselben werden wir in einer der nächsten Nummern veröffentlichen, sind durchaus für den Verband nicht zu gewinnen, dieselben werden auch von ihrem Landsmann ziemlich bezahlt, aber für das übermäßige Arbeiten bei weitem nicht genug, denn der Herr Unternehmer verlangt, daß der Mann jeden Tag einen Wagen voll zusammenklopft. Verbandskollegen werden, wenn möglich, überhaupt nicht eingestellt, denn dieselben verlangen gewöhnlich, daß sie beim Anfang des Werkstücks auch den Preis wissen. Das ist aber nichts für den Unternehmer, der Preis wird am Lohnzahlungstage festgesetzt, je nach seiner Ansicht, wie sich der Arbeiter in den 14 Tagen betragen hat. Da sind Unterschiede in demselben Arbeitsstück, wo der eine Arbeiter 450 Mk., der andre 350 Mk. bekommen hat, hier sind Stücke bis zu 45 Prozent des hier am Orte bestehenden Tarifs bezahlt worden. Wenn im Lohnbuche die Schlussumme zu hoch wird, so wird das Kadernummer zu Hilfe genommen und die Endsumme der einzelnen Stücke dahin abgeändert. Als gelegentlich der Gauleiter den Herrn fragte, warum denn dieses geschähe, meinte er: Der Preis wäre ihm zu niedrig vorgekommen! Fünf Minuten vorher erklärte er, daß er die Bücher bei der Zahlung überhaupt nicht durchgesehen hätte. So haben in letzter Zeit dem Vorstand immer Bücher vorgelegen, worin rabiert worden war. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, bis der Unternehmer uns eine genügende Unterschrift gegeben hat, diesen Platz zu meiden, denn wenn derselbe uns heute was verspricht, wirft er es morgen, wenn er aus der größten Arbeit raus ist, wieder über den Morgen.

Darlingerode a. S. Am 6. September hielten die hiesigen Kollegen ihre erste Mitgliederversammlung ab, um sich eine Ortsverwaltung zu wählen, überhaupt die Handhabung der Verbandsangelegenheiten zu besprechen. Wir gehörten bisher der Zahlstelle Hasserode an, doch durch verschiedene Vorkommnisse haben wir uns im Einverständnis mit den in Frage kommenden Instanzen selbstständig gemacht. Nachdem die Ortsverwaltung gewählt, wurde beschlossen, daß die Mitgliedsbücher durch die Platzkassierer einzugehen sind und von der Ortsverwaltung einer Regelung unterzogen werden. Alle Kollegen, die sich zum Worte meldeten, sprachen ihre Genugtuung darüber aus, nunmehr eine andre Verwaltung zu haben. Hoffentlich ist es nun jedem Kollegen in Darlingerode heiliger Ernst mit seiner Organisation, so daß diese ein Schutz gegen Ausbeutung und Unterdrückung darstellt. Darum, Kollegen, frisch ans Werk für die neue Zahlstelle.

Gefrees. Die am 13. September stattgefundene Versammlung hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. Gauleiter Wittenmeier-Regenburg referierte über Zweck und Nutzen des Verbandes. In der Einleitung seines Referats hob er hervor, daß er den Posten eines Gauleiters im 10. Gau deshalb übernommen habe, weil er Land und Leute kenne und ihm ein weites Arbeitsfeld von den Alpen bis zur sächsischen Grenze zur Verfügung obliege. Seine Aufgabe werde es sein, überall in seinem Gau den Zahlstellen seine ganze Kraft, sein Können und Wissen zur Verfügung zu stellen, er werde unermüdet sein zur Erstrebung besserer Arbeits- und Lohnverhältnisse im Fichtelgebirge. Zum eigentlichen Thema übergehend, wies er an der Hand von Beispielen nach, daß kein Steinarbeiter, auch nicht einer, den Nachweis bringen kann, daß die Verbandszugehörigkeit überflüssig ist, daß vielmehr alle, auch wenn sie im Besitze eines kleinen Anwesens sind, es notwendig haben, dem Verbands sich anzuschließen. Auf die zweiseitige Anwendung des Unfallversicherungsgesetzes eingehend, wies er nach, daß wiederum die Organisation mit ihren zu Grunde liegenden Bestrebungen (Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung) nur imstande ist, die Lage der Steinarbeiter zu heben. Kurz und gut, in allen seinen Ausführungen hat er den anwesenden Kollegen aus dem Herzen gesprochen und ein nicht endenkoller Beifall lobte seinen Worten. In der darauf folgenden Diskussion, an welcher sich einige Kollegen beteiligten, wurde mit Nachdruck darauf verwiesen, daß sie das Gehörte beherzigen möchten und jederzeit dafür eintreten, daß die Zahlstelle Gefrees sich ebenbürtig als ein Glied in der Kette der Steinarbeiterbewegung einreihen möge, und es wurde der Wunsch laut, daß sich Gauleiter Wittenmeier häufiger in unserer Mitte zeigen lassen möge. Was die Platzverhältnisse anbetrifft, wurde in der weiteren Diskussion der Werksplatz der Firma Ludwig Haberstumpf einer Kritik unterzogen. In diesem Geschäft fehlt es an Antreibung nicht, und die Devise ist: Viel Arbeit und wenig Geld, unter Umständen auch gar kein Geld. Wenn der Arbeiter sich vierzehn Tage lang geschunden und abgetarnt hat, muß er am Zahlungstagen, ob der Meister auch höflich zu sprechen ist und ob er manchmal Arbeiter guttätig ein paar Mark des verdienten Lohnes zur Verfügung stellt. Fürwahr, ein Musterbetrieb! Die Werkstätte obiger Firma zu passieren, ist ein Risiko, man müßte sich zuvor in eine Lebensversicherung einkaufen. Nachdem noch interne Angelegenheiten geregelt, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg II. Am 10. September fand im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Ableben zweier Kollegen in der üblichen Weise geehrt. Als 1. Punkt der Tagesordnung gilt das Antwortschreiben der Arbeitgeber. Der Vorsitzende verlas zunächst das Schreiben, welches wir an die Arbeitgeber gerichtet, zwecks Regelung einiger noch offener Punkte, hier gelten die 5-Pfg.-Bauzulagen, welche uns schon vor Beginn des Streiks zugesagt wurden, und weiter, daß der Vorsitzende der Marmorwerke, Herr A. Schönfeldt, versucht, die seit drei Jahren bestehende Lohnarbeit durch Einführung der Affordarbeit zu durchbrechen. Alsdann kam das Antwortschreiben der Arbeitgeber zur Verlesung, aus welchem zu ersehen ist, daß dieselben die zugesagte Bauzulage jetzt nicht mehr anerkennen wollen und ebenfalls die Handlungsweise des Herrn Schönfeldt bezüglich der Affordarbeit keineswegs als etwas ansehen, welches gegen unsre tariflichen Abmachungen verstöße. Des weiteren wollen die Arbeitgeber den am 11. Mai zum Abschluß gebrachten Arbeitsvertrag erst dann anerkennen, wenn die oben angeführten Punkte unsererseits ausgeschaltet werden. Ueber dieses Antwortschreiben entpinn sich nun eine sehr lebhaft Debatte, aus der die klare, einheitliche Meinung zutage trat, mit aller Energie dafür einzutreten, daß unser gutes Recht auf alle Fälle gewahrt bleibe. Die gutbesuchte Versammlung fasste den einstimmigen Beschluß, daß die Lohnkommission bei den Arbeitgebern um eine gemeinschaftliche Sitzung nachsuchen solle zwecks Regelung der noch offener Punkte. Des weiteren erklärte die Versammlung, unter keinen Umständen es zuzulassen, daß die Affordarbeit hier wieder zur Einführung gelangt. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten geregelt, wurde auf Anregung des Vorstandes beschlossen, den Inhabern im Aufschlagsgebiet eine Spende von 30 Mark zuzuwenden. Aufgenommen wurden fünf Kollegen.

Hemsbach. Am 6. September fand hier eine gut besuchte Bezirksversammlung statt. Gauleiter Sarfert referierte über die wirtschaftliche Lage der gewerkschaftlichen Organisation. Der italienische Referent, Genosse Bossi, überlebte das Referat. Beide Redner ernteten großen Beifall. Kollege Hub-Geppenheim machte die Anwesenden noch auf den Wert der Wahlvereine aufmerksam. Weidenhammer-Hemsbach erklärte, den Kollegen, daß die Kommissionsmitglieder, die am 25. Jan. d. J. mit Staubinger den Beschluß fassten, den Tarif sofort abzuschließen, gerecht gehandelt hätten. Redner machte weiter die Versammlung auf die Bundesratsverordnung aufmerksam. Auch der Rückgang vom 8. Gau entging seinen Ausführungen nicht. Hierauf erläuterte Gauleiter Sarfert die Ausführungen der

vorausgegangenen Redner. Nach dem Meinungsaustausch der hiesigen Graber-Geppenheim und Schmitt-Poggenbach erhielt Weidenhammer das Schlußwort. Er erklärte, daß bei der letzten Bezirksvorstandssitzung die Regelung der übrigen verbleibenden Tarife vorgenommen wurde. Zugleich wurden auch die Beisitzer des Schiedsgerichts gewählt, und zwar Faber Fischer und Adam Winter als Vorsitzende, Weidenhammer und Hartmannsgruber als Ersatzleute, und Bürgermeister Höhn-Geppenheim als unparteiischer Vorsitzender. Hierauf schloß der Vorsitzende die gut besuchte Bezirksversammlung.

Zugleich seien hier die Verhältnisse auf dem Platz Steinmayer geschildert. Es reichten dort nämlich am 1. August 12 Kollegen ihre Kündigung ein. Leider sind aber nach Ablauf dieser Frist 4 Mann zurückgetreten; es gesellten sich auch noch zwei Mann aus Groß-Wiebrau dazu. Auch dem dortigen Aufseher Lorenz Frank aus Geppenheim, früherer Maurergeselle, kann kein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Er erklärte, daß, so lange er im Geschäft existiert, kein organisierter Pfisterer mehr Aufnahme findet. Aber Kollegen, deshalb dürfen wir uns keine Schwachheit spüren lassen.

Langensalza. Etwas über Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Deutsche Travertinwerke zu verbreiten, soll der Zweck dieser Zeilen sein. Wie wohl durch den Steinarbeiter bekannt sein wird, wurde hier am 29. August die Arbeit niedergelegt und nach fünfjähriger Dauer wieder aufgenommen, nachdem die strittigen Punkte schriftlich festgelegt wurden. Wir glaubten nun, daß jetzt endlich Friede sei, sahen uns aber getäuscht, indem der Geschäftsführer diese Abmachungen schon am nächsten Tage wieder illusorisch machen wollte. Glaubt nun der Geschäftsführer, diese Abmachungen, die von der Kommission und im Beisein des Zentralvorstandes mit der Firma abgeschlossen sind, ohne weiteres beiseite zu schieben, so wird er sich jedenfalls gewaltig täuschen, denn der Steinarbeiterverband ist noch in der Lage, seine Mitglieder vor solchen Uebergriffen zu schützen. Immer wieder wurde von der Firma betont, daß endlich die Streitigkeiten aufhören möchten, um ein gegenseitiges Zusammenarbeiten zu ermöglichen, aber derartige Vorkommnisse zeigen uns, daß von der Firma der Frieden nicht gewünscht wird. Zum Beweis dient uns wieder die Maßregelung eines Kollegen, welcher sich an unserm Streit beteiligte. Es wurde ihm einfach erklärt, er sei entlassen. Alle Vorstellungen seitens der Kollegen waren erfolglos; der Geschäftsführer erklärte kategorisch, denselben nicht wieder einzustellen. Grund dieser Maßregelung sind nun die Kollegen der Meinung, wenn die Firma sich ihrer Arbeiter auf so leichte Art und Weise erledigt, haben die Arbeiter selbst auch keine Veranlassung, auf das Geschäft Rücksicht zu nehmen und beschlossen deshalb, den Werksplatz Deutsche Travertinwerke solange zu sperren, bis der betreffende Kollege wieder eingestellt wird. Wir bitten alle reisenden Kollegen, dieses zu berücksichtigen und Langensalza solange zu umgehen, bis die Sache erledigt ist.

Nebau. Am 31. August tagte hier unsre übliche Versammlung. Zum 1. Punkt erstatete der Vorsitzende Bericht über die Bezirkskonferenz, welche in Niederlamitz stattfand. Aus diesem Bericht konnte man ersehen, daß im Fichtelgebirge eine intensive Agitation sehr notwendig ist, um einen einheitlichen Tarif für die Bauarbeit, wie er in der Grabsteinbranche besteht, einzuführen. Punkt 2 betrifft die Sperre bei Heinrich. Die Handlungsweise unseres Zentralvorstandes wurde stark kritisiert, indem dieser die Sperre aufhob, aus Anlaß des Briefwechsels mit Heinrich. Jedoch regelte Gauleiter Wittenmeier mit unserm Vorsitzenden die Angelegenheiten in der Weise, daß sämtliche Kollegen wieder eingestellt wurden. Noch henerken wir hierzu, daß sämtliche Kollegen während dieser Zeit anderweitig beschäftigt waren, wir hätten daher auch einigermaßen die Mißstände auf dem Platz beiseite geschafft, wenn die Zentrale nicht so untätig eingegriffen hätte. Unter Punkt Verschiedenes wurde von mehreren Kollegen angeregt, dem Invaliden, Parteigenossen Kapitz von hier, der dauerhafte Steinhauerbesen verfertigt, welche mindestens 2 Jahre im Gebrauch aushalten, und der einer Unterstützung sehr bedürftig ist, in der Weise zu unterstützen, daß wir die Kollegen allerorts auffordern möchten, bei Bedarf sich an die Verwaltung der Zahlstelle (Mil. Brumme, Sophienstraße 390) zu wenden.

Strasburg. Wie überall, so zeigt sich auch bei uns der flau Geschäftsgang im Besuche der Versammlungen, die in letzter Zeit immer sehr schwach besucht sind, und doch ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen. Es mag ja zugegeben werden, wenn man sehr lange arbeitslos ist, was gegenwärtig in Strasburg zutrifft, es ihm an den nötigen Mitteln fehlt, aber im Prinzip kann man sich einschränken; ein Entschuldigungsgrund ist dies immer noch nicht. Scharfweise ist gegenwärtig der städtische Arbeitsnachweis seitens unsrer Kollegen belagert, und es ist eine Seltenheit, wenn einer einmal unterkommen kann, sehr viele müssen darum ihr Heil in der Fremde versuchen. Gut dann einmal das Glück, Arbeit zu finden, so ist es meistens an solchen Orten, wo keine Organisation besteht und sie dann ihre Pflichten dem Verband gegenüber sehr leicht vergessen. Es vergehen dann Wochen und Monate, bis sie zurückkehren, und dann fällt es ihnen schwer, wieder in die Reihe zu kommen. Aber wir haben hier auch solche Kollegen, die das ganze Jahr in Arbeit stehen, welche die höchsten Löhne verdienen und doch ihre Beiträge nicht bezahlen. Es wäre Zeit, daß diese Kollegen in sich gehen und ihre Pflichten der Zahlstelle gegenüber erfüllen. Denn niemand anders als der Verband hat ihnen die Vorbeeren geschaffen, auf denen sie jetzt glauben ausruhen zu können, und zwar auf Kosten derer, die ihre Beiträge leisten. Auch ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß zugereiste Kollegen eingestellt wurden, während hiesige gutorganisierte Kollegen das Nachsehen hatten. Es wurde deshalb beschlossen, daß jeder zugereiste Kollege sich bei dem Vorsitzenden Eugen Waldhardt, Weisenplatz 2, über die hiesigen Verhältnisse zu erkundigen hat. Er bekommt dort einen Laufzettel, der ihm die Berechtigung gibt, auf den Arbeitsplätzen zuzusprechen. Wir hoffen, daß alle reisenden Kollegen von dieser Notiz Gebrauch machen werden. Aber auch die Mitglieder der Zahlstelle ersuchen wir, den Beschluß durchzuführen. Die Arbeitslosen haben sich beim städtischen Arbeitsnachweis zu melden, die Arbeitenden müssen kontrollieren, ob die zugereisten Kollegen im Besitze eines Laufzettels sind, es liegt dies in ihrem Interesse, um die Errungenschaften der Zahlstelle und die Zahlstelle selbst vor dem Ruin zu bewahren. Die Ortsverwaltung.

Wölfen am Deister. Am 10. September fand hier eine Versammlung der Kollegen beider Plätze der Firma Menning statt. Durch die schlechte Konjunktur, welche im allgemeinen in unserm Verufe herrscht, kommen auch Kollegen in das Königreich Menning, welche schon in solchen Brüchen und auf Plätzen gearbeitet haben, wo wenigstens einigermaßen menschenwürdige Zustände herrschten. Nun, von allem diesem ist hier keine Spur. Die Bundesratsverordnung ist für Menning überhaupt nicht da; die Arbeitsbuden sind zum größten Teil nur Luftbuden, nach allen Seiten offen. Ja, wenn man diese auch nur benutzen könnte; vor lauter Schmutz und Mämosten kann man nicht hinein. Den Kollegen wird einfach gesagt, macht die Steine, wo sie liegen. Jedes dritte Wort ist: Wem es nicht paßt, kann gehen. Die Frühstücksbuden sind den Arbeitsbuden ebenbürtig. Der Abort besteht aus einem freien Platz etwas seitwärts in den Büschen, welchen man mit den Berliner Nieselfeldern vergleichen kann. Hier möchte sich doch der Herr Gewerbeinspektor mal hinführen lassen. Wohl ist noch ein Abort da, aber um denselben zu benutzen, ist ein Weg von 10 Minuten zurückzulegen. Wie die Behandlung der Kollegen durch die Herren Poliere ist, geht aus folgendem hervor. Dem Kollege Wäfer,

welcher schon jahrelang seine Arbeitskraft und Gesundheit dem Messinggeschäft opfert, wurde gekündigt, weil er den Kitzpöcher beleidigt haben sollte. Es wurde nun vor acht Tagen eine Besprechung einberufen, an der auch unser Gauleiter, Kollege Bietwig, teilnahm. Hier wurde beschlossen, Messing aufzufordern, die Kündigung zurückzunehmen, andernfalls alle Kündigungen zu widerrufen. Am Montag wurde dann der Kollege, Kollege Gumle, mit dem Kollegen Meier vorstellig und bekamen dann den Bescheid, die Kündigung bleibt bestehen. Nun wurde zum Vubenrecht angesprochen, wozu alle Kollegen ohne Ausnahme kamen. Raum merkte Messing die Friedhofsruhe auf dem Platz, als er auch schon in größter Aufregung ins Vubenrecht kam und unsern Mitgesellen den Platz verbot, also glatt hinauswarf mit den Worten: er brauche keine Heizer auf dem Platz. Kollege Meiners, welcher gleich für Gumle in die Stelle sprang, führte das Vubenrecht zu Ende, und mußte Messing, von der Einigkeit seiner Gesellen überwältigt, die Kündigung zurückziehen. Am andern Tage mußten zwei bayrische Kollegen das bei Messing innegehabte Logis sofort räumen.

Jetzt war es Zeit, die Herausforderung Messings mit einer Tarifvorlage zu beantworten. Unser Gauleiter, Kollege Bietwig, übernahm es, einen für die hiesige Gegend passenden Tarif auszuarbeiten. Dieser stand nun heute zur Beratung. Es wurde eine Kommission von acht Mitgliedern gewählt, welche den Tarif vorlegen soll.

Rundschau.

Karl Heinrich †. In Magdeburg starb am 4. September ein rühriges Mitglied, der Kollege Karl Heinrich nach fast zweijährigem Krankenlager im 47. Lebensjahre an der Tuberkulose. Karl Heinrich dürfte namentlich den älteren Kollegen bekannt sein, er hat in fast allen größeren Städten gearbeitet, war auf verschiedenen Kongressen als Vertreter von Magdeburg. Im Jahre 1889 gründete er den Fachverein dortselbst und war unter den Kollegen wegen seiner gesunden Ansichten sehr beliebt. Als Heinrich vom Stuttgarter Kongress zurückkehrte, mußte er sofort als Heizer und Aufwiegler den Platz verlassen. Mit Hilfe einer kleinen Fischhandlung suchte er sich dann kümmerlich durchzuschlagen. Zur Steinmetzarbeit zurückgekehrt, warf ihn nach kurzer Zeit die Berufskrankheit nieder, die schon so manchen Braven aus unsern Reihen hinweggerafft. Am 4. September war Heinrichs Kampf beendet. Er war einer von denen, die von ihrer organisatorischen Arbeit nicht viel Aufhebens machen, deren Leistung aber unvergessen bleibt, namentlich die Magdeburger Zahlstelle wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Mißglückter Tunnelbau. Nach einer Meldung der Heidelberger Zeitung mißglückte der Tunnelbau bei Forbach auf der neuen Schwarzwaldbahn Weisenbach-Klotter Reichenbach. Wie üblich, wurde die Tunnelstrecke von beiden Seiten eingeschlagen und vorgetrieben. Die beiden Teilstrecken trafen aber nicht in der Mitte zusammen, sondern ihre Ächsen divergierten um acht Meter. Die eine Tunnelhälfte muß neu trassiert und der vorhandene Stollen sorgfältig wieder zugebaut werden, damit dem Seitendruck der Gebirgsmassen Widerstand geleistet werden kann. Der Schaden der badischen Regierung wird auf 3 1/2 Millionen Mark berechnet. Die Schuld soll einen italienischen Arbeiter treffen, der aus Mache einen Abtiefpfehl verfertigt haben soll.

Wir glauben allerdings nicht, daß durch eine einzige Pfahlverchiebung die Techniker mit ihren Messungsoperationen getäuscht werden konnten. Die sogenannten Nivelierungsspiegel sind überdies gut gemauert, eine Verchiebung ist undenkbar. Wir haben die Vermutung, daß die Arbeit der Ingenieure eine recht ungenaue war.

Darf ein Arbeitgeber dem Arbeiter irrtümlich zu viel gezahlten Lohn bei der nächsten Lohnzahlung einhalten? Diese wichtige Frage hat das Gewerbegericht zu Offen in seiner letzten Sitzung verneint. Es handelt sich um folgendes: Der Handlanger Merewitsch hatte bei dem Unternehmer Sawig bei einer Lohnzahlung 18 Mk. zu viel erhalten. Diese 18 Mk. hielt S. dem M. bei der nächsten Lohnzahlung ein. Das ließ M. sich nicht gefallen, und als seine Vorstellungen fruchtlos blieben, wurde er klagbar. Das Gewerbegericht entschied, Sawig sei, wenn auch der Betrag wirklich zu viel gezahlt worden, doch nicht berechtigt, den Lohn einzuhalten. Gegen den Arbeitslohn dürften keinerlei Aufrechnungen erfolgen. Demgemäß wurde Sawig zur Zahlung der 18 Mk. verurteilt. Will er zu seinem Gelde kommen, muß er zivilrechtlich gegen den Arbeiter vorgehen.

Die Lage der Asphaltindustrie. Der Rückgang der Bautätigkeit ist auch auf die Asphaltindustrie von einschneidendem Einfluß. Die Nachfrage nach Asphalt ist zwar nicht allein von der privaten Bautätigkeit abhängig, die bekanntlich in diesem Jahre besonders versagt hat, sondern in erster Linie von dem Bedarf der staatlichen und städtischen Verwaltungen. Die Bautätigkeit dieser Behörden hat nun aber im laufenden Jahre noch ein reges Aussehen, doch ist die Nachfrage auch dieser Abnehmer nicht mehr so stark wie in früheren Jahren. Außerdem bleibt zu berücksichtigen, daß die Ausfuhr stark abgeschwächt ist, so daß alles in allem, selbst wenn die öffentliche Bautätigkeit hier und da einen Ausgleich gegeben haben sollte, die Asphaltindustrie mit einem geringeren Bedarf zu rechnen hat.

Ein Invalidenheim für nicht tuberkulöse Rentempfänger errichtet die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau in Hofgeismar bei Kassel. Das Invalidenheim ist zunächst für zwanzig Invalidenrentempfänger bestimmt und betragen die Herstellungskosten rund 75 000 Mk. Das Heim soll Ende dieses Jahres bezogen werden können. Daß die „Rentner“ nicht ohne jede Beschäftigung sind, wurden mehrere Gektar Ackerland und Wiesen erworben, das sie bearbeiten sollen.

Der englische Trade-Unions-Kongress.

ac. Der 41. englische Gewerkschaftskongress hat diese Woche in Nottingham getagt. Am Tage vor der Eröffnung und während der Tagung fanden, wie üblich, eine Reihe Sonderkonferenzen und öffentl. Versammlungen statt. So hielten die Eisenbahner und die Bergleute Versammlungen ab, andre Konferenzen beschäftigten sich mit der Unterrichtsfrage, der Frauenfrage, der Wohnungsfrage usw.; auch die sozialistische Partei hielt mehrere Meetings ab.

Den Vorsitz führte diesmal das bekannte Parlamentsmitglied (Arbeiterpartei) Shackleton. Er behandelte in seiner Eröffnungsrede das Schanzgesetz, von dem er annahm, daß es bei den Lords auf Widerstand stoßen werde, die Unterrichtsfrage, die Alterspension usw. Am Schlusse seiner Rede kam er auf das Verhältnis Englands zu Deutschland zu sprechen. Er wendete sich gegen die Panikmänner diesseits und jenseits des Kanals. Leider hätten auch diese Unterstützung bei einigen bekannten vertrauenswürdigen, aber in diesem Falle irreführenden Freunden des Sozialismus gefunden. Durch die internationalen Kooperationsgesellschaften, durch die Gewerkschaften und besonders durch die internationalen Kongresse werde der Völkerrrieg am meisten befestigt. Die Meinung, als ob der Krieg das alleinige Mittel der Auseinandersetzung zwischen den Nationen bilden könne, verliere immer mehr an Boden. Die Rede des Präsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Zahl der Delegierten, unter denen sich 7 Frauen befinden, beträgt 510, die zusammen 1 760 000 Mitglieder vertreten. Einer der ersten Gegenstände, die zur Verhandlung kommen, ist die Gründung einer Tageszeitung für die Arbeiterklasse. Nach dem Projekt eines hierzu gewählten Komitees soll eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden mit einem Kapital von 2 Millionen Mark. Das Blatt soll mit

1/2 Penny (Monnements auf Zeitungen sind in England nicht üblich) abgegeben werden und täglich acht Seiten umfassen. Als Titel ist in Aussicht genommen The Morning Herald. Bezeichnenderweise gab es über diesen Punkt fast gar keine Diskussion. Das Gründungskapital von 2 Millionen Mark müßten natürlich die Gewerkschaften aufbringen. Das wäre zwar nach dem Stande ihrer Kassen kein allzu großes Opfer, aber das Gros der englischen Arbeiter ist von der Notwendigkeit einer eigenen, nur ihre Interessen betreffenden Presse noch nicht voll auf durchdrungen. Man ließ die Sache fallen, aber das Komitee wurde beauftragt, die Sache im Auge zu behalten, und man wird auch mit Hilfe des Registeramts dafür sorgen, daß die Gewerkschaften sich ohne Gefahr an einem solchen Unternehmen beteiligen können.

Beddon brachte eine Resolution ein, in der die Vergütung von Zeit und Geld bebauert wird, welche durch die Abhaltung drei verschiedener Arbeiterkongresse entsteht. Das Komitee sollte den Auftrag erhalten, mit der Arbeiterpartei und mit der Allgemeinen Federation der Gewerkschaften in Verbindung zu treten zwecks Verschmelzung dieser drei Kongresse. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt.

Die Heilsarmee war auf dem vorigen Kongress bezeugt worden, daß sie in ihren Tischlerwerkstätten in Spitalfield nach dem Schwitzsystem arbeiten lasse. Dieser Vorwurf wurde aufrechterhalten; es wurde von verschiedenen Rednern betont, daß die Heilsarmee nicht bloß dort, sondern auch in andern Verufen durch Lieferung von Arbeiten, die bei niedrigen Löhnen hergestellt sind, die Gewerkschaftslöhne herabgedrückt. Das parlamentarische Komitee wurde beauftragt, eine nochmalige Untersuchung anzustellen.

Die Frage des Streikbruchs englischer Arbeiter brachten Sexton-Liverpool (Dockers) und Havelock Wilson zur Sprache. Der britische Trade-Unionismus ist entehrt worden. Wo immer am Kontinent ein Streik ausbricht, bilden die Arbeiter besorgt nach England, jetzt der beste Rekrutierungsboden für Gladstons. Sexton fordert den Kongress auf, sein tiefstes Bedauern darüber auszusprechen und vom Parlament die Ausdehnung des Verbotgesetzes, wonach das Anwerben von Engländern für fremde Heere verboten ist, verlangt. Der Kongress stimmte diesem zu.

Henderson behandelte das Verhältnis zwischen Arbeiterpartei und Trade-Unionists. Die bürgerlichen Parteien und deren Presse in England beginnen nach demselben Rezept zu verfahren, wie ihre Vettern in Deutschland. Sie reden den Gewerkschaften vor, daß sie sich ganz in den Händen der Sozialisten befinden, daß dies gefährlich für sie werden könne usw. Henderson betonte demgegenüber, daß dieser Versuch, die beiden Flügel der Arbeiterbewegung auseinanderzureißen, nicht gelingen werde, denn beide überzeugten sich immer mehr, daß sie zusammengehören.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen diesjährigen Kongress das Problem der Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der Arbeitslosen durch Staatshilfe. Bei jedem Punkte der Tagesordnung kommt diese Frage immer mehr zum Durchbruch.

Shackleton erklärte sich durch den Minister Gladstone autorisiert, dem Kongress mitzuteilen, daß demnächst eine Kommission eingesetzt werden würde, um diese Frage zu studieren. Die Diskussion über diesen Punkt wurde fortgesetzt; dabei spielten auch die Vorkommnisse in Glasgow eine Rolle. Die Art dieser Diskussion und die gefaßten Beschlüsse sind recht bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung in den Kreisen der englischen Arbeiterklasse. Die gegenwärtige sehr schwere Krisis schärft ihren revolutionären Sinn.

Peter Curran betonte, daß die Arbeitervertreter im Parlament keine Schuld treffen, wenn es zu Unruhen komme. Bei jeder Gelegenheit sei die Regierung auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, das Problem der Arbeitslosen-Unterstützung endlich zu lösen. In 7 Minuten habe das Parlament 600 Millionen für Arme und Flotte bewilligt, um eine nach seiner Meinung imaginäre Invasion zu verhindern.

Dem Genossen Thorne geht der Anspruch auf das „Recht der Arbeit“ nicht weit genug; das sei lediglich ein Palliativmittel. Das Problem werde nicht eher gelöst sein, als bis die Arbeiter die Kontrolle über die genannten Produktionsmittel haben.

Arbeiter die Kontrolle über die genannten Produktionsmittel haben.

Gribble (Schuhmacher Nordhampton) unterbreitete eine Resolution, in der es heißt, daß der Kongress solche Vorkommnisse, wie in Glasgow, willkommen heißt, weil sie geeignet seien, die bestehenden Klassen mit Furcht zu erfüllen. Im andern Teil wendet sie sich gegen die Arbeiterabgeordneten, die im Parlament vielfach einen zu großen Wert darauf legen, als „respektabel“ zu gelten. — Die hauptsächlichsten Punkte der Tagesordnung waren damit erledigt.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Haarshofen. Dem Steinmetz Ernst Lützig ist eine Reisekarte zu Unrecht ausgestellt. Die Karte ist demselben abzunehmen. Joseph Stahl, Vorhänger.

München. Es ist un wahr, daß Kollege Simon Röder aus Randerstader Streikbrecher war. Wir warnen vor Weiterverbreitung dieses Gerüchts. Heinrich Weng, Vorhänger.

Hamburg I. Den reisenden Kollegen zur Kenntnisnahme, daß die Reiseunterstützung von jetzt ab beim Kassierer Paul Gumbinger, Dorfmannsweg 155, III, abends zwischen 7—8 Uhr ausbezahlt wird; vom 1. Oktober ab zwischen 6—7 Uhr abends. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Daukau. Kass.: Rich. Opitz, Steinstraße 35, III.
Bonn. Vorf.: Nikolaus Veit, Gasthaus Schmit, Endenicher Straße.

ad Mülling. Vorf.: Rußer, Elektrisch. Restaurant. Kass.: Joseph Kröß, Lindenstraße 338.

Mitten (Westfalen). Vorf. u. Kass.: Joseph Berger, Hofstraße 21.

Witten. Vorf.: Otto Wellerschoff, Annen, Hellweg 8.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 7. bis mit 12. September.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate, X. = Extrasteuer.)

Mittelsteine, B. 283,92, E. 3,75, K. 86.—, M. 2.—; Springe, B. 105.—, K. 7,45; Wittenberg, B. 108,10, E. 0,50, K. 10,65, M. 3,70, X. 3.—; Kirchheim, B. 185,88; Grünfeld, B. 92.—, M. 0,40; Munkeln, B. 133.—, E. 2.—, K. 10.—; Neuen b. Berlin, B. 1,20; Burgsteinfurt, B. 4,95; Unna, B. 4,95; Rotenburg a. F., B. 4,50; Bleicherode, B. 3,30; Neumünster, B. 3,30; Arnstadt, B. 2,06; Schmalfeld, Ins. 2,40; Demitz, Ins. 9,80; Lüneburg (Meier), Ins. 1,90; Striegau, Ins. 3.—; Schwerin, B. 3,30; Parchim, B. 2,70; Schwerin (Jöhrs), B. 0,55; Salzwedel, B. 6,95; Dziergowitz (Kindl), B. 2,25, (Tröster), B. 1,95; Berlin II, Ins. 10,60; Magden, Ins. 2,80; Einbeck (Sausche), Ins. 4,60; Dürrarnsdorf, B. 116,28, E. 4,50, K. 2,90; Gotha, B. 92.—, K. 1,70, M. 1,30; Löbejün, B. 72,24, M. 2,50; Wiesbaden, B. 138.—; Reilheim, B. 59,80, K. 18,70; Jagen, B. 46.—; Hoof, B. 13,80, K. 17,90, X. 6.—; Grefees, B. 252.—; Jtepelanger, B. 63.—; Kolmar, B. 138.—, K. 10.—; Altenglan, B. 85,50; Wellen, B. 11,60; Obermenzig, B. 2,60; Otiernsdorf, B. 10.—; Zeterow, B. 3,30; Gotha (Granitwerk), Ins. 1,50; Jbbenhären, B. 3,30; Chemnitz, B. 460.—, E. 5.—; Königsbrück, M. 11,20, Ins. 4.—; Müllenberg, B. 33,60, K. 0,15; Ochsenbach, B. 7,56, K. 1.—; Osna-brück, B. 184.—, M. 2,60; Dürrensalza, B. 575.—, K. 2.—, M. 0,65; Berlin I, Ins. 24.—; Freiberg, B. 4,70; Jever (Meistene), Porto 0,10; Aue, B. 460.—, M. 10.—, Ins. 1,60.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Die Briefkasten in zwei Fortsetzungen. — In 23. muß aus dem Briefkasten abgehoben. Vielleicht später. — Ein Mittel gegen Schlafsucht ist uns leider unbekannt. — Selbstm. Fortsetzung. Die Quittung über das eingehende Beträge erfolgt im Steinarbeiter. Außerdem hast Du doch den Postauslieferungsschein

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jackets, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Neueste größte Kinderwagenfabrik
Sachsens und einzige deutsche, welche
direkt mit Familien arbeitet u. umsonst
buntfarb. Prachtatlas Ihnen sendet, ist
Julius Tretbar, Grimma 627.

Albert Baumann, Aue im Erzgebirge.
Neuheit!
Gesteinsbohrer-Härte- und Schärföfen.
Bei diesen Öfen kann ein Verbrennen des Bohr-
stahles nicht stattfinden. Der Bohrstahl behält immer
seine Güte.
Wichtig für jeden Bohrbetrieb.
Fabrikation von Härteöfen und Steinmetz-Geschirren.

Hand- und Maschinenschleifer
bei gutem Affordverdienst für sofort gesucht.
Gothaer Granitwerke, Gotha.

Lüchtige Hand- und Maschinenschleifer
auf schwarz-schwedischen Granit finden dauernde Beschäftigung
bei gutem Affordlohn.
Westdeutsche Marmor- und Granit-Werte
Aktien-Gesellschaft
in Dortmund, Sölderstraße 166.

Granit-Maschinen- und Granit-Handscheiter
die saubere Arbeit liefern, werden für dauernde Stellung gesucht.
C. Matthias
Erste westpreussische Granit- und Marmorindustrie
Elbing.

Die Ortsverwaltungen oder Kollegen werden ersucht, die Adresse von
Franz Zettelmeyer, geb. am 8. Dez. 1855 in Dodelbach
(Niederbayer) — kürzlich beschäftigt in Weidau und Meissen —, an das
Zentralbureau des Steinarbeiterverbandes gelangen zu lassen.

Gestorben.
In Berlin I am 11. September der Kollege **Albert**
Lehgen, 51 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Dresden am 8. September der Kollege **Joseph**
Blah, 39 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Erfurt am 12. September der Kollege **Bruno**
Lange, 31 Jahre alt, an Lungenemphysem.
In Hamburg II am 27. August der Kollege **Schoof**,
67 Jahre alt, an Herzleiden. — Am 4. September der Kollege
Scheel, an Lungenemphysem.
(Beisetz.) In Gaffersode am 23. August der Kollege
Friedrich Hartmann, 31 Jahr alt, an Lungenentzündung.
In Magdeburg am 4. September der Kollege **Karl**
Heinrich, 46 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Gewerkschafts-Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907.

II.

Die Leistungen der Gewerkschaften.

Die günstige Entwicklung der Finanzen der Gewerkschaften hat auch im Berichtsjahre angehalten. Die Gesamteinnahmen stiegen seit 1906 von 41 602 939 M. auf 51 306 784 M. oder von 24.62 M. auf 27.55 M. pro Kopf der Mitglieder, die Gesamtausgaben von 36 963 413 M. auf 43 122 519 M. oder von 21.88 M. auf 23.12 M. pro Kopf und die Vermögensbestände von 25 312 634 M. auf 33 242 545 M. oder von 14.98 M. auf 17.82 M. pro Kopf der Mitglieder. Auch dieses erfreuliche Bild konnte nur das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung sein, die auch heute noch ohne Unterbrechung fortschreitet. Denn die Finanzen der einzelnen Gewerkschaften sind noch immer sehr verschieden; die Einnahmen schwanken zwischen 63.13 M. pro Kopf der Mitglieder (Lithographen und Steinbruder) und 10.52 M. pro Kopf (Schirmmacher), die Ausgaben zwischen 82.17 M. pro Kopf (Notenstecher) und 5.69 M. (Schirmmacher) und die Vermögensbestände zwischen 185.24 M. (Notenstecher) und 1.86 M. (Sandlungsgehilfen). Je mehr die in ihren Leistungen noch zurückstehenden Organisationen ihre Finanzlage kräftigen, desto mehr hebt sich die Gesamtlage der Gewerkschaften. So sind die Einnahmen seit 1891 von 6.68 M. auf 27.55 M., die Ausgaben von 9.62 M. auf 23.12 M. und die Vermögensbestände von 2.56 M. auf 17.82 M. pro Kopf der Mitglieder gestiegen.

Was nun zunächst die Einnahmen der Gewerkschaften anlangt, so hatten 10 Verbände über 1 Million (bis 11 1/2 Millionen) M. Jahreserträge, 7 hatten 500 000 bis 1 Million M. und 12 hatten 250 000 bis 500 000 M. Einnahmen, ferner 12 Verbände 100—250 000 M., 7 Verbände 50—100 000 M., 8 Verbände 20—50 000 M., 5 Verbände 10—20 000 M. und 2 Verbände unter 10 000 M. Einnahmen. Pro Kopf berechnet, verzeichnen die höchsten Einnahmen die Lithographen (63.13 M.), die niedrigsten die Schirmmacher (10.52 M.). Es sind dies die Gesamteinnahmen einschl. der mitunter recht hohen Ertragsbeiträge.

Die Jahresausgaben der Gewerkschaften, die von 36 963 413 M. (1906) auf 43 122 519 M. angewachsen sind, stehen unter dem Einfluß einer gewaltig gestiegenen Arbeitslosigkeit. Nichts desto trotz die Gewerkschaften allein für Reise- und Arbeitslosenunterstützung mehr als das Doppelte des Vorjahres, 7,4 Millionen statt 3,4 Millionen M. aufzuwenden, während die Ausgaben für Streikunterstützung sich von 13,7 Millionen auf 13,2 Millionen M. verminderten. Auf die einzelnen Tätigkeitszweige entfielen im Berichtsjahre folgende Ausgaben:

Organisationen	M.
Verbandsorgan	63
Agitation	61
Streiks im Beruf	56
Streiks in anderen Berufen	54
Rechtschutz	55
Gewerkschaftenunterstützung	47
Reiseunterstützung	44
Arbeitslosenunterstützung	43
Krankenunterstützung	43
Invalidenunterstützung	8
Beihilfe in Sterbefällen	48
Beihilfe in Notfällen	45
Umzugskosten	39
Stellungsvermittlung	18
Bibliotheken	85
Unterrichtskurse	32
Statistiken	19
Sonstige Zwecke	58
Konferenzen und Generalversammlungen	57
Beitrag an die Generalkommission	55
Beitrag zu internationalen Verbindungen	21
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	38
Projektkosten	21
Verwaltungskosten, persönliche	63
Verwaltungsmaterial	63

Wie in früheren Jahren, so steht auch diesmal der Aufwand für Streiks und Ausperrungen an erster Stelle. Das entspricht durchaus dem Wesen unserer Gewerkschaften, deren vornehmste Aufgabe der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen ist. Während indes der Aufwand für Streikunterstützung, wie bereits erwähnt, seit 1906 von 13 748 412 M. auf 13 196 303 M. zurückging, steigerte sich der Gesamtaufwand für andre Unterstützungszwecke von 10 957 279 M. auf 15 885 127 M. Die

weitaus größte Zunahme trifft die Arbeitslosenunterstützung, die 1906 nur 2 653 296 M., 1907 dagegen 6 527 577 M. Ausgaben erforderte, ein Mehr von 3 874 281 M. In dieser immensen Steigerung spiegelt sich nicht allein die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes wider, unter der die Gewerkschaften und ihre Maßnahmen zu leiden hatten, sondern zugleich auch die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für das öffentliche Wohl. Längst wäre es Aufgabe des Reichs gewesen, den Gewerkschaften die Last der Arbeitslosenversicherung, an der doch die Arbeiter sicherlich die allergeringste Schuld tragen, dadurch zu erleichtern, daß es ihnen nach dem Beispiel Frankreichs, Dänemarks und Norwegens Beihilfen gewährt. Dadurch würden auch diejenigen Gewerkschaften, die eine Arbeitslosenunterstützung bisher noch nicht einführen konnten, in die Lage versetzt, sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Es ist bezeichnend, daß für das Reich, zuzusehen, wie die organisierte Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr einen mühe- und opfervollen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führt, ohne für diese Arbeiter etwas andres als behördliche Schikanen übrig zu haben. — Auch für Krankenunterstützung haben die Gewerkschaften gewaltige Summen aufgewendet; 3 482 822 M. wurden für diesen Zweck verausgabt.

In den 17 Jahren seit Führung der gewerkschaftlichen Statistik, 1891—1907, sind nicht weniger als 117,6 Millionen M. für Unterstützungsziele ausgegeben worden, wovon 60 Millionen M. auf Streikunterstützungen, rund 57,6 Millionen M. auf andre Unterstüzungen sich verteilen.

Für Bildungszwecke bringen die Gewerkschaften ebenfalls bedeutende Opfer. Die Verbandszeitschriften erforderten im Jahre 1907 1 878 392 M., Bibliotheken 276 588 M. und Unterrichtskurse 43 195 M., insgesamt 2 198 175 M. Ausgaben. Seit 1891 kostete die Unterhaltung der Verbandsorgane den Gewerkschaften nicht weniger als 12 360 749 M. Diese Leistungen stellen das wohlthätige und vorbildliche Wirken der deutschen Gewerkschaften außer jedem Zweifel, und es gehört zu den schönsten Ruhmestiteln der deutschen Arbeiterklasse, daß sie allen polizeilichen, gerichtlichen und großindustriellen Verfolgungen zum Trotz, sich in ihren Gewerkschaften ein solches Kulturwerk geschaffen hat.

Die Vermögensbestände der Gewerkschaften haben im Jahre 1907 die Höhe von 33 242 545 M. erreicht. Davon entfielen 6 262 090 M. auf die Buchdrucker, 5 606 906 M. auf die Maurer, 4 791 098 M. auf die Metallarbeiter, 2 712 300 M. auf die Holzarbeiter, 2 043 720 M. auf die Bergarbeiter, 1 610 232 M. auf die Zimmerer und 1 311 648 M. auf die Fabrikarbeiter. Von den übrigen Verbänden hatten 5 ein Vermögen von 500 000 bis 1 Million M., 5 ein solches von 250 000 bis 500 000 M. und 15 ein solches von 100 000 bis 250 000 M., die andern blieben hinter 100 000 M. zurück. Für die Beurteilung der Widerstandskraft einer Gewerkschaft kommt freilich nicht die absolute Höhe des Verbandsvermögens allein in Betracht, sondern auch die Aufgaben, für deren Erfüllung dieses Vermögen angesammelt ist und der auf das einzelne Mitglied durchschnittlich entfallende Betrag. Immerhin bietet ein hoher Kassenbestand viel eher Gewähr, schwierige Situationen erfolgreich zu überstehen, weshalb die Ansammlung eines hohen Widerstandsfonds eine der besten Kampfreserven der Gewerkschaften ist und bleibt. Pro Kopf berechnet schwanken die Vermögensbestände zwischen 186 M. (Sandlungsgehilfen) und 185.24 M. (Notenstecher). Indes gestattet der Vermögensstand am Jahreschlusse kein allgemeines Urteil über die Finanzkraft einer Organisation, weil oft Zufälligkeiten, größere Kämpfe usw. die Bestände plötzlich verringern, während wenige Wochen später schon bedeutend höhere Bestände vorhanden sind.

Auf dem Gebiete des Unterstützungswesens hat besonders die Einführung der Kranken-, bezw. der Erwerbslosenunterstützung Fortschritte gemacht.

Im Berichtsjahre wurden neu eingeführt: Die Reiseunterstützung in einem Verband (Brauerei), die Arbeitslosenunterstützung in einem (Gemeindearbeiter), die Krankenunterstützung in sieben (Bauhilfsarbeiter, Gemeindearbeiter, Handschuhmacher, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Maschinenisten und Schmiede) und die Sterbeunterstützung in sechs Verbänden (Glasarbeiter, Photographen, Portefeuller, Schmiede, Steinarbeiter und Textilarbeiter).

Die Ausgaben der einzelnen Gewerkschaften für Streikunterstützung schwanken zwischen 0.08 M. (Sandlungsgehilfen) und 23.91 M. (Holzarbeiter), für Arbeitslosenunterstützung zwischen 0.05 M. (Bergarbeiter) und 27.35 M. (Notenstecher) und für Krankenunterstützung zwischen 20.76 M. (Mühlensarbeiter) und 0.06 M. (Gärtner).

Die Invalidenunterstützung kostete den Notenstechern 21.51 M., dagegen den Handschuhmachern 0.14 M. pro Kopf der Mitglieder.

Ein eigenes Verbandsorgan hatten 60 von 61 Verbänden. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint eins wöchentlich dreimal, 33 erscheinen wöchentlich einmal, 13 zwei-

wöchentlich, 3 monatlich dreimal, 7 monatlich zweimal und 3 monatlich einmal. Die Gesamtauflage aller Blätter betrug im Berichtsjahre 2 077 643 (gegen 1 920 250 im Jahre 1906). Eine gewaltige Fülle von Aufklärung, Erziehung und Bildung ist es, die die Gewerkschaftspresse Jahr für Jahr im Dienste der Arbeiterbewegung leistet. Sie spannt die geistigen Fäden zwischen Großstadt, Landflecken und Gebirgswinkel, und verbindet die entferntesten Gegenden des Reichs miteinander.

Internationale Beziehungen wurden im Jahre 1907 von 40 Verbänden gepflegt. Zu den früher gepflegten Verbindungen kamen hinzu die Bäcker, Fabrikarbeiter, Portefeuller, Schiffszimmerer und Schuhmacher.

Unfall oder Lungenleiden?

Tausende von Arbeitern sind lungenleidend und müssen nach wie vor ihre schweren Arbeiten weiter ausführen. Die meisten brechen dann zusammen und werden als Lungenkranke bis zu ihrem Ableben behandelt. Kein Mensch fragt dann nach der armen Familie, die den Ernährer durch den Tod verloren hat. In den meisten Fällen gelingt es der Witwe auch nicht, eine Invalidrente zu erlangen, da gewöhnlich nur die Krankheit als die Ursache des Todes angesehen wird, wenn der Verstorbene zehnmal erklärt hatte, daß er sich zuletzt bei der Arbeit wehe getan oder verletzt habe.

Deshalb wird unsre Kollegen nachstehender Fall sehr interessieren.

Der Braugehilfe J. S. zu Aschaffenburg war schon jahrelang lungenleidend, mußte aber seinem schweren Beruf immer noch nachgehen, da er keine andre passende Beschäftigung fand. Am 18. August 1902 mußte er nun im Hof der Brauerei mit einem Nebentollegen Bierfässer auf einen Wagen heben helfen. Nach dem Verladen des letzten Fasses, das 180 Pfund schwer war und über 1 1/2 Meter hoch gehoben werden mußte, wurde er von einem Wurfsturz befallen und starb am 10. Oktober 1907 an den Folgen dieses Wurfsturzes.

Die Brauerei- und Mälzereibergwerksvereinschaft lehnte natürlich jede Rentenentschädigung ab und verteidigte immer nur auf die Krankheitsgeschichte. Anders beurteilte das Schiedsgericht die Sache. Im Urteile heißt es: „Der zeitliche und örtliche Zusammenhang zwischen dem von der Klagepartei behaupteten Unfall und dem Brauereibetrieb ist unstrittig gegeben. Es fragt sich nun, ob die tödliche Lungenblutung auf den Wurfsturz als Ursache zurückzuführen ist?“

Das Schiedsgericht mußte diese Frage im Sinne des Klägers beantworten.

Der Begriff der „betriebsüblichen“ Anstrengung läßt sich nicht generalisieren, die Frage, ob eine solche vorlag, nur von Fall zu Fall beantworten. Was den einen nicht übermäßig anstrengt, kann dem andern verhängnisvoll werden!

Es ist zuzugeben, daß das Aufheben einer Last von 1 1/2 bis 2 Zentner durch zwei Normalarbeiter von dem einzelnen keine übermäßige Kräfteanspannung erfordert, und es hat die Arbeit auch dem Mitarbeiter B. nichts geschadet. Aber für den lungenkranken S. war sie zu schwer! Nach Ansicht der Ärzte war die Anstrengung, welche S. beim Heben der Fässer aufzuwenden mußte, eine übermäßige, so daß sie die zum Tode führende Lungenblutung herbeizuführen geeignet war, während abnormfalls bei einer von den noch kurz vor dem Unfall entfalteten gewöhnlichen und leichteren Beschäftigungen das nicht zu erwarten war. Demnach war die unmittelbare Ursache in der Ueberanstrengung der physischen Kraft, also nach rechtlichen Begriffs in einem Unfall zu suchen. Der Umstand, daß S. infolge seines Lungenleidens zu Lungenblutungen disponiert war, vermag die Weigerung der Beklagten nicht zu rechtfertigen, da auch die Verschlimmerung eines bestehenden Leidens — und eine solche läßt sich hier nicht bestreiten — durch Unfall die Entschädigungspflicht begründet.

Die Berufsgenossenschaft gab sich natürlich mit diesem von der Regel abweichenden Urteil nicht zufrieden und hoffte, daß das Reichsversicherungsamt noch eine Umänderung treffen werde. Dieses beauftragte die Professoren Dr. v. Rengers und Dr. Fürbringer, ihre Ansicht über diese Frage zu äußern. Nicht besonders günstig äußerte sich Professor v. Rengers, der erklärte, daß „zum Beispiel auch Treppensteinen, selbst Fußten und Niesen den Wurfsturz veranlassen konnte, der Wurfsturz auch ohne die Arbeit am Unfalltag voraussichtlich schon in nächster Zeit eingetreten wäre“.

Anders beurteilte Professor Fürbringer diese Frage, und meinte, daß „das Heben des letzten Fasses, das bei der Schrägstellung des Stofkarrrens, auf welchen die Fässer verladen wurden, höher als die ersten Fässer zu heben war, eine besonders schädigende Wirkung ausüben mußte“.

Beide Gutachter waren aber darin einig, daß das Heben der Fässer am Unfalltag „das auslösende Moment für den Wurfsturz abgegeben hat“.

Der Besuch einer Baugewerkschule.

Bis zum Jahre 1879 und später waren die baugewerblichen Fachschulen in Preußen fast ausschließlich in den Händen von Privatlehrern, die den Unterricht nach eigenem Ermessen handhaben und darin ihre Erwerbsquelle fanden. Außer der von dem früheren Königreich Hannover übernommenen Schule in Nienburg a. d. Weser gab es in Preußen keine Baugewerkschule. In Sachsen und in Süddeutschland bestanden allerdings schon mehrere staatliche Baugewerkschulen. Das gesamte technische Unterrichtswesen in Deutschland war zu jener Zeit noch sehr im Rückstande. Die damaligen Privatbaugewerkschulen hatten sehr verschiedenartige Unterrichtspläne und ebenso verschiedenartige Ziele, wenn auch einige Schulen an und für sich ziemlich Gutes leisteten. Die Systemlosigkeit und der Mangel staatlicher Aufsicht hatten indes grobe Mängel im Gefolge.

Wenn die Privatschulen aber immer mehr in Miskredit kamen, so lag das daran, daß bei der Auswahl der Lehrer nicht sorgfältig genug vorgegangen wurde. Minderwertige Lehrer, in diesem Falle also ungenügend vorgebildete Architekten und Ingenieure, brachten die Privatschulen immer mehr in Verfall. Endlich nahmen die einzelnen Bundesstaaten die Reorganisation dieser technischen Lehranstalten selbst in die Hand. Ausnahmeweise scheinen die Ministerien bei der Erörterung dieser Frage doch nicht das sonst bei ihnen übliche Schneltempo eingeschlagen zu haben. In Preußen wurden Anfangs der achtziger Jahre etliche Privatschulen verstaatlicht und heute unterhält dieser Staat etwa 20 Baugewerks- und Tiefbauhörschulen. Die Schulen sind vierklassig, es wird im Sommer und Winter unterrichtet. An einigen Anstalten allerdings fällt der Sommerunterricht aus. Die Schüler sollen die Sommermonate zu ihrer weiteren praktischen Ausbildung benötigen. Diese Anschauung so mancher Baugewerkschulmänner möchten wir nicht unterschreiben. Besonders für diejenigen Schulbesucher, die keine bessere Elementarbildung genossen haben, ist es am zweckmäßigsten, wenn sie die beiden obersten Klassen direkt hintereinander absolvieren. Das halbjährige Aussehen bringt einen großen Verlust des bereits auf der Schule Erlernten mit sich und

so muß beim Beginn eines neuen Semesters das zeitraubende Wiederholen begonnen werden.

Früher rekrutierten sich die Bauhörschüler mindestens zu 80 Prozent aus Angehörigen der untersten Schichten. Heute ist das anders. Beim Einschreiben werden mit Vorliebe diejenigen bevorzugt, die das Einjährigeneugnis in der Tasche haben, also eine Realschule besucht haben. In qualitativer Beziehung wird das Ansehen der Schulen dadurch sicherlich nicht erhöht. In den obersten Klassen ist kein Unterschied mehr zu erkennen zwischen einem Schüler, der nur die Volksschule besucht hat und zwischen einem Abiturienten einer Realschule. Letzterem fehlt meist die praktische Erfahrung. Und die zwei Bau Sommer, die diese Kerlchen praktisch zubringen, haben ihren Gesichtskreis auch nicht allzu sehr erweitert. Das muß betont werden. Wer denkt eine Bauhschule zu besuchen, der hat eine ordentliche Portion Fleiß mitzubringen. Es gibt keine andern Lehranstalten, die bezüglich des Fleißes an die Schüler so große Anforderungen stellen wie die Baugewerkschulen.

Die Begründung dafür ist sehr leicht. Die Technik hat heute eine ungeahnte Spezifikation angenommen. Zwischen einem Techniker von Annodagumal und heute ist ein turmhöher Unterschied. Täglich kommen Neuerungen, die der mittlere Techniker zu berücksichtigen hat, denn er kommt doch zumeist als Entwurfer und Konstrukteur in Frage. Es darf hierbei nur an den Betonbau erinnert werden. Demzufolge ist der Unterrichtsstoff der Baugewerkschulen so angewachsen, daß er in den bisherigen vier Semestern kaum zu bewältigen war. In Anerkennung dieses Umstandes hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe auf Anregung des Landesgewerbeamtes neue Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der preussischen Baugewerkschulen erlassen, die vom 1. Juni 1908 datiert sind und am 1. Oktober 1908 in Kraft treten sollen. Diese Vorschriften enthalten:

I. Die Schulverfassung:

1. Aufgabe und Einrichtung der Schule,
2. Aufnahmebedingungen,
3. Anmeldeung,
4. Beginn und Dauer des Unterrichts,

5. Kosten des Schulbesuches,
6. Schulgelddarlehen und Stipendien,
7. Schulgesetz,
8. Zeugnisse, Versekung, Abgangsprüfung,
9. Berechtigungen.

II. Die Lehrpläne. Der Unterrichtsstoff wird auf fünf Klassen bei der Hochbauabteilung und der Tiefbauabteilung verteilt.

Der Lehrplan der 5., 4. und 3. Klassen ist für beide Abteilungen gleichmäßig, in der 2. und 1. Klasse finden sich die Abweichungen.

III. Die Prüfungsordnung, und zwar allgemeine Bestimmungen für die Hochbau- und Tiefbauabteilung, besondere Bestimmungen für beide Abteilungen.

Hervorzuheben ist also, daß zunächst ein 5. Semester (erste Klasse) zu den bisherigen vier Semestern hinzukommt, ohne daß der Lehrstoff vergrößert wird. In den ersten vier Semestern sollen die Hilfswissenschaften soweit gefördert sein, daß im 5. Semester mehr als bisher die Herstellung von Entwürfen und Kostenanschlägen gelehrt und geübt werden kann. — Für spätere Zeit und sobald Erfahrungen mit dem neu hinzugefügten 5. Semester (1. Klasse) vorliegen, ist die Aufhebung eines sechsten Semesters (Selekt) in Aussicht genommen, dessen Absolvierung jedoch fakultativ bleiben soll.

An der Göttinger Anstalt, die unter Leitung des sehr rührigen Architekten Herrn Müller steht, soll, wenn notwendig, eine besondere Steinmetz-Abteilung eingerichtet werden. Direktor Müller ist unsern Lesern dadurch bekannt, indem er das Werk: Die Schule des Steinmetzes herausgab. Durch die neuere Reorganisation soll weiter bezweckt werden, daß auf den Bauhörschulen die sogenannte heimatische Bauweise mehr als Unterrichtsstoff berücksichtigt wird. Wenn endlich die umständlichen alten Säulenkonstruktionen über Bord geworfen werden, so kann das den Schülern und Lehrern nur sehr erwünscht sein. Die Hochachtung vor der Baukunst der Griechen und Römer, aber die detaillierten Stilübungen darüber gehören auf die technischen Hörschulen.

Der Refers der Berufsgenossenschaft wurde deshalb zurückgewiesen und dieselbe verurteilt, der Witwe und den Kindern des Verstorbenen eine jährliche Unfallrente von 630 Mark zu zahlen.

Im Urteil heißt es unter anderem: „Der Senat ist nicht der Ansicht, daß die Annahme eines Betriebsunfalls grundsätzlich ausgeschlossen sei, wenn ein inneres Leiden, insbesondere ein Lungenleiden, während der üblichen Betriebsarbeit zum Ausbruch kommt. Ein Betriebsunfall ist vielmehr gegeben, sobald erweislich ist, daß die Arbeit an dem Tage eine wesentliche mitwirkende Ursache für den Ausbruch oder schnelleren Ausbruch des Leidens gewesen ist. Das Reichsversicherungsamt hat deshalb den Blutsurz, den H. erlitten hat, als eine Unfallfolge angesehen und auch angenommen, daß dieser Blutsurz den Tod des H. wesentlich beschleunigt hat.“

Bei den Steinarbeitern, die lungenkrank sind und noch auf den Werkplätzen arbeiten, kommt es häufig vor, daß beim Transportieren von Werkstücken der eine oder andere dem Blutsurz erliegt. Es ist in solchen Fällen immer ratsam, für die Hinterbliebenen Unfallrente zu beanspruchen.

Dieses Urteil sollten sich alle Arbeiter merken und in ähnlichen traurigen Fällen danach handeln oder ihren verletzten Kollegen beizustehen suchen.

Ein Judaslohn.

Eine Hand wäscht die andere, denken sich die Unternehmer, und da sie das für sie so segensreiche Wirken der gelben Streikbrecherorganisationen so würdigen wissen, lassen sie es sich auch mal eine Kleinigkeit kosten, wenn es gilt, dies unnatürliche Gebilde aufzupfropfen und am Leben zu erhalten. Voraussetzung dabei ist selbstverständlich, daß die gelben Schützlinge vorher erst versprochen, auch in Zukunft recht brav zu sein und den Herren Unternehmern in ihrem Kampfe gegen die „roten Gezer und Wähler“ hilfreich zur Seite zu stehen.

Unter dieser Voraussetzung übernehmen die schlesischen Grubenherren die Kosten für den Waldenburger Verbandstag der „reichstreuen Arbeitervereine“, und dieselben Motive haben die Herren veranlaßt, den Gelben auch außerdem eine Beihilfe zu leisten. Wie erst jetzt bekannt wird, hat der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens, die Organisation der Waldenburger Grubenmagnaten, in einer geheimen Sitzung vom 28. August d. J. beschlossen, dem „Bunde waterländischer Arbeitervereine“ wie im Vorjahre 3000 Mk. zu überweisen. In dem geheimen Protokoll heißt es darüber:

Zu Punkt 2 der Tagesordnung — Stellungnahme zu einem Schreiben des Ausschusses zur Förderung der Bestrebungen waterländischer Arbeitervereine betreffend die Fortgewährung einer Unterstützung für den Bund waterländischer Arbeitervereine — machte der Vorsitzende die Versammlung mit dem vorliegenden Schreiben des Förderungsausschusses bekannt und befürwortete mit Rücksicht auf die guten Zwecke, die der Ausschuss schon bisher mit sichtbarem Erfolge verfolgt hat und mit Rücksicht auf die Aufgaben, die er neu in sein Arbeitsprogramm aufgenommen hat, auch für das laufende Jahr die Leistung einer Beihilfe.

Es wurde beschlossen, die vorjährige Summe von 3000 Mk. mit der Maßgabe wiederum zur Verfügung zu stellen, daß dafür eine dem Bedarfe der Werke entsprechende Anzahl von Exemplaren der Zeitschrift „Deutsche Treue“ geliefert wird. Hierzu ist der Bedarf der einzelnen Werke von neuem zu erfragen.

Die „Spende“ ist also an die Bedingung geknüpft, daß die Gelben ihr Bundesorgan gratis zur Bekämpfung der Arbeiterschaft in den Dienst der „wohlthätigen“ Unternehmer stellt. Daß die edlen Seelen diese Bedingung freudig erfüllen und sich den Judaslohn „verdienen“ werden, steht außer allem Zweifel. Der einzige Zweck ihres Bundes ist ja, die Interessen der Arbeiterschaft zu verraten.

Korrespondenzen

Berlin I. Mit den Arbeitsverhältnissen in den Kunststeinbetrieben beschäftigte ich die am 10. September tagende Mitgliederversammlung. Bekanntlich ist das Versehen von Werkstücken und dergleichen in Berlin Steinmetzarbeit. Die Einführung des Kunststeines, welcher vor allem ein billiger Ersatz für Naturstein sein soll, bedingt, daß sich die Unternehmer nach billigen Arbeitskräften umsehen. Da nun zurzeit der Lohn der Maurer bedeutend niedriger steht als unserer, dieselben auch das Versehen von Kunststeinen für sich in Anspruch nehmen, so sind unsere Kollegen in diesen Betrieben so gut wie ausgeschlossen. Sind doch die Maurer dabei, (nur die schlechte Konjunktur hält sie ab), eine Sektion der Verseher zu gründen. Um nun zu verhindern, daß die betreffenden Verseher auch das Versehen von Natursteinen für sich in Anspruch nehmen, hat der Vorstand mit der Leitung der Maurer Stellung genommen und eine Resolution ausgearbeitet, welche wünscht, daß die betreffenden Verseher baldmöglichst den Steinmetzlohn anstreben, und nach der andern Seite fordert, das Versehen von Natursteinen den Steinmetzen zu überlassen. In der Diskussion, welche sehr reger war, stellten sich die Kollegen auf den Standpunkt, daß es unzumutbar sei, eine derartige Resolution an-

zunehmen, da sie uns mehr Nachteile als Vorteile bringen könnte. Mit großer Mehrheit wurde die Resolution abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde das Verhalten zweier Kollegen gerügt, welche bei der Firma Friesede unter dem Minimallohn arbeiten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die bei Friesede beschäftigten organisierten Kollegen sind unter allen Umständen verpflichtet, den Tarif (Stundenlohn 85 Pfg. und Verweigerung jeder Akkordarbeit) hochzuhalten. Die Versammlung verurteilt auf das Schärfste die bisherige Handlungsweise der Beteiligten und verweist dieselben ernstlich auf ihre Pflicht.“ Als Bausgeld zum Anbau des Gewerkschaftshauses beschließt die Versammlung 1000 Mk. anzulegen. Des ferneren wird beschlossen, ein Herbstfest abzuhalten und die Versammlung geschlossen.

Abbejün. Am 5. September fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, zu der sich etwa 60 Kollegen eingefunden hatten. Zunächst hielt Friedr. Kleis aus Wurzen einen Vortrag über: Das Wissenswerte aus der Unfallversicherung für die Steinarbeiter. Redner verstand es, in circa zweistündigen Ausführungen die Anwesenden mit den wichtigsten Bestimmungen der einschlägigen Gesetze vertraut zu machen. Zum Schluß erläuterte er die Einrichtungen der Steinbruchsberufsgenossenschaft. Dieselbe hatte Ende 1906 an 14 770 Verletzte 2 252 343 Mark an Renten zu bezahlen. Damit kommt auf jeden Verletzten die Niesensumme von circa 150 Mark pro Jahr. Im Jahre 1906 wurden bei der Genossenschaft 10 848 Unfälle gemeldet. Das ergibt auf 1000 beschäftigte Personen 283 Verletzte. In dem einen Jahre wurden nicht weniger wie 260 Personen durch Betriebsunfall getötet. Die größte Zahl der gemeldeten Unfälle, und zwar 3500, war durch Herabstürzen von Steinen entstanden. Redner kam dann noch auf die Unfallversicherungsbedingungen zu sprechen. Beifall lohnte seine Ausführungen. Nach einer interessanten Debatte, in welcher Kleis einige gestellte Fragen beantwortete, wurde beschlossen, den Kollegen, die durch den letzten Streik im Müschellalgebiet noch geschädigt sind, 15 Mark zuzusenden. Kollege Otto forderte noch zum Beitritt zur Organisation auf.

Mannheim. Am 30. August fand im Lokal Volksstimme eine öffentliche Steinarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Halbjähriger Gausbericht; 3. Vortrag des Kollegen Sarfert über Gewerkschaftliche Bestrebungen im Lichte des Unternehmens; 4. Gewerkschaftliches. Der 1. Punkt konnte bald als erledigt erklärt werden, da es die noch fernstehenden Kollegen als ihre Pflicht erachteten, dem Zentralverband der Steinarbeiter beizutreten, so daß zum 2. Punkt der Tagesordnung übergegangen werden konnte. Der Bericht des Kollegen Sarfert wurde mit Beifall aufgenommen. Auch sein gehaltenes Referat fand Zustimmung. Kollege Kraft gab dann bekannt, daß er bis heute die 75 Mk., die er der Zahlstelle Speier geliehen hätte, noch nicht wieder zurück erhalten hätte. Obwohl Kollege Kraft zum letzten Verbandstag in Kassel die Belege eingeschickt hätte, sei ein Antrag rundweg abgelehnt worden. Dieser Punkt rief natürlich eine lebhafte Debatte hervor, da die Versammelten der Ansicht sind, da die Versammelten der Ansicht sind, daß ein Kollege wie Kraft, der schon jahrelang in der gewerkschaftlichen wie politischen Bewegung steht, es nicht verdient hätte, daß ihm (Kraft) solche Schikane gemacht werden. Die Versammelten erklärten sich mit dem Kollegen Kraft einverstanden und hoffen, daß die Sache bald als erledigt angesehen werden kann. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so fühlen sich die Kollegen der Zahlstelle Mannheim veranlaßt, ganz energisch Protest einzulegen.

Kollege Geist übermittelt uns hierzu folgende Mitteilung: Nachdem der Verbandstag in Kassel sich der Begründung des Zentralvorstandes angeschlossen, und auch auf Grund des vorgelegten Streikmaterials den Antrag Kraft auf Rückzahlung eines Darlehens von 75 Mark an die Zahlstelle Speier ebenfalls abgelehnt hat, betrachten wir die Sache als erledigt. Es wundert uns nur die Stellungnahme der Mannheimer Kollegen, die ja allerdings nur auf eine einseitige Darstellung des Sachverhalts zurückzuführen sein dürfte. Trotzdem würde es richtiger gewesen sein, erst auch von der andern Seite die Gründe der Ablehnung zu hören, ehe man sich entrüstete und mit einem Protest droht.

Um aber den Mannheimer Kollegen weitere Aufregung zu ersparen, sei hier der Sachverhalt kurz geschildert:

Die Kollegen von Speier traten am 7. März 1907 in den Streik. Beteiligt daran waren volle drei Mann. Die Unterstützung begann mit dem 1. März. Bei der ersten Geldsendung, die am 15. März erfolgte, teilten wir mit, daß alle weiteren Geldsendungen immer erst erfolgen, wenn die Belege über Verwendung der vorhergehenden Summen eingekandt werden. Wie recht wir mit dieser Maßnahme hatten, zeigte der ganze Verlauf des Streiks.

Bis zum 27. Mai 1907, an welchem Tage die Beilegung des Streiks vor dem Gewerbegericht erfolgte, sandten die Kollegen von Speier für 411 Mark Belege. Davon mußten in der sechsten Woche, vom 15. bis 20. April, 3 Mark, weil über den Rahmen der statutarischen Unterstützung hinausgehend, gestrichen werden, so daß 408 Mark ausgezahlt waren. Bis zum gleichen Termin hatte die Hauptkasse 417 Mark gesandt, so daß noch 9 Mark Bestand am Orte waren.

Die preussischen und sächsischen Baugewerkschulen, die bisher bloß vierklassig waren, haben jetzt nach ihrer Ausgestaltung eines fünften Kurses etwas das gleiche Lehrziel wie die Nürnberger Schule.

Baugewerkschulen gibt es gegenwärtig in folgenden Städten: Aachen, Barmen-Eberfeld, Bingen, Breslau, Buxtehude, Chemnitz, Coburg, Detmold, Deutsch-Krone, Eutin, Frankenhäusen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Gera, Görlitz, Gotha, Hamburg, Hildesheim, Holzminde (seit 1833 bestehend), Hötter, Köln, Lemgo, Lübeck, Nienburg, Plauen i. V., Rosen, Rendsburg, Roda, Nürnberg, München, Würzburg, Leipzig, Dresden, Zittau, Stralsund, Stadtulza, Karlsruhe, Stuttgart, Kaiserslautern und Zerbst.

Einige unbedeutende private und städtische Schulen haben wir nicht aufgeführt. Wir raten auch ab, solche Lehrtätigkeiten zu besuchen. Da sie nicht staatlich anerkannt sind, so erwachsen den Absolventen solcher Schulen oft mancherlei Nachteile, so insbesondere bei der Vererbung um Stellungen. Betont muß werden, daß heute an den staatlichen Baugewerkschulen nur tüchtige Lehrkräfte unterrichten. Die unbedeutenderen Schulen können sich eben solche Lehrkräfte nicht leisten und dadurch leidet auch das Renommee.

Fragen wir nun, was kostet der Besuch eines Semesters auf einer solchen technischen Unterrichtsanstalt? Das Schulgeld beträgt etwa 60 Mk., Zeichenmaterialien 50 Mk., Verpflegung pro Monat 50 Mk., für 5 Monate also 250 Mk., Taschengeld pro Monat 10 Mk., gleich 50 Mk., Unvorhergesehenes 40 Mk., macht zusammen pro Semester 450 Mark. Der Besuch des ersten Kurses wird sich noch etwas höher stellen, indem die Anschaffung der Reißbretter und des Reißzeuges noch hinzukommt.

Wer also eine Baugewerkschule absolvieren will, es kommen fünf Semester in Frage, hat etwa ein Kapital von 2250 Mk. aufzubringen. Wir wollen nun darauf verweisen, daß es an jeder Schule mehrere Stipendien gibt, und zwar werden oft Einzelbeiträge bis zu 150 Mk. ausbezahlt. Auf diese Einnahmen soll man sich aber nicht verlassen, denn oft werden Stipendien an Schüler verteilt, die diese wirklich nicht notwendig hätten. Diejenigen jungen Leute, die eine Baugewerkschule be-

Auf wiederholtes Ersuchen, abzurechnen, wurden weitere Belege nicht gesandt, aber mit allen möglichen und unmöglichen Begründungen weitere Geldsendungen verlangt, was unsererseits selbstverständlich abgelehnt wurde. Noch am 25. Mai übermittelte ich Kollegen Kraft einen mir von Speier zugegangenen Brief, mit der Bemerkung, daß wir unter keinen Umständen weiter Geld senden, ohne über die Verwendung informiert zu sein. Ein zweites Mal ließen wir uns nicht vor vollendete Tatsache stellen: à la Hammelbach und Neustadt a. S. Alles umsonst.

Endlich, am 18. Februar 1908, nachdem Kollege Sarfert die Gausgeschäfte übernommen hatte, sandte dieser einen Kad Belege ein nebst einer Zusammenstellung, nach der die Hauptkasse noch circa 255.31 Mark zu zahlen gehabt hätte. Bei näherer Prüfung ergab sich jedoch, daß erstens in der Zusammenstellung ein per Postanweisung gesandter Betrag von 37 Mark fehlte, daß ferner 82 Mark bereits in den Wochenlisten quittiert, also schon von der Hauptkasse bezahlt waren. Dann waren nach Beendigung des Streiks noch zwei Wochenlisten zusammengestellt worden, worüber uns nicht die geringste Mitteilung gemacht wurde. Ein Teil Belege war dabei, die als solche nicht anerkannt werden können, weil nicht die geringste Angabe gemacht ist, für was das Geld ausgegeben wurde. Daß ferner vier in Arbeit stehende Kollegen in der Weltgeschichte herumgefahren sind, um den Streikenden Arbeit zu verschaffen, setzt dem Ganzen die Krone auf. Wenn die Kollegen nicht selbst im Zweifel gewesen wären darüber, ob ihre Ansprüche berechtigt sind oder nicht, würden sie Belege auf Verlangen ohne weiteres eingekandt, und nicht gemartet haben, bis sie der Gauleiter nach fast einem Jahre wegholt.

Wenn nun ein besoldeter Gauleiter nicht in der Lage ist, bei einem Streik, wo drei Mann beteiligt sind, einer solchen Mißwirtschaft zu steuern, sondern diese noch fördert und unterstützt, indem er ohne Zustimmung oder vorherige Information des Zentralvorstandes Darlehen gibt, so kann er dies nur im privaten Sinne gegeben haben. Der Verbandstag hat Kollegen Kraft mit seinen Ansprüchen mit Recht an die Zahlstelle Speier verwiesen, die das Geld zu Unrecht erhalten hat. Nebenbei sei noch bemerkt, daß Gauleiter Kraft im Jahre 1907 nicht weniger wie siebenmal — in Speier war.

Kobbach. Am 29. August fand im Eichingerischen Gasthause eine allgemeine Steinarbeiterversammlung statt, zu der auch unsere Nachbar Kollegen von der Zahlstelle Wang zahlreich erschienen waren. Als Referent fungierte Gauleiter Mittenmeier aus Regensburg. Er schilderte die traurige Lage der Arbeiter. Dem Referat wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Hoffentlich wird durch dieses gute Referat die Einigkeit der Kollegen wieder hergestellt. Erfreulich war, daß gleich in der Versammlung etliche Restanten ihren Verpflichtungen nachkamen. Aus der Debatte war zu ersehen, welche Wirkung die Mittenmeierische Rede hatte. Auch wurde vom Referenten der Wunsch ausgedrückt, daß sich die Zahlstellen Wang und Kobbach verschmelzen möchten. Mit einem begeisterten Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Müthen. Am 31. August fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt. Gauleiter Herrmann aus Köln behandelte das Thema: Die wirtschaftliche Krise, und was müssen die Kollegen daraus lernen? Er wies an der Hand eines reichen Materials nach, wie solche Krisen entstehen, und daß es grundsätzlich sei, wenn von seiten der Arbeitgeber behauptet wird, die Arbeiter mit ihren hohen Lohnforderungen wären die Ursache. Denn solche Krisen haben schon bestanden in früheren Jahren und werden in späteren auch wiederkehren. Unser eifriger Gauleiter forderte noch auf, in der Agitation unermüdet zu sein. Er müsse jetzt nach Berlin, um am gewerkschaftlichen Unterrichtskursus teilzunehmen, denn heute heiße es im Gewerkschaftskampfe: „Geh auf der Höhe der Zeit zu stehen.“ Die Versammlung verlief sehr interessant.

Literarisches.

Neue Wechselordnung mit dem Gesetz betreffend Erleichterung des Wechselgesetzes gültig ab 1. Oktober 1908 nebst Scheckgesetz gültig ab 1. April 1908 und Postcheckgesetz gültig ab 1. Januar 1909. Verlag: L. Schwarz u. Co., Berlin S. 14, Dresdner Straße 80. Preis 1.20 Mark.

Die Behandlung des Stoffes darf als sehr glücklich bezeichnet werden.

Zehn Jahre Bibliotheksarbeit. Geschichte einer Arbeiterbibliothek von Gustav Hennig. (Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Preis 40 Pfg.) Von unsern Bibliothekaren wird das kleine Büchel mit großer Freude studiert werden, denn es sind darin manche praktische Fingerzeige enthalten. Besonders interessant ist, was Hennig über die Entwicklung der Arbeiterbibliotheken im allgemeinen sagt. Besonders die Leipziger Verhältnisse schildert er eingehend. Wir ersehen, daß die Leipziger Arbeiterbibliotheken im 1. Quartal 1908 55 702 Bände ausgeliehen haben. Welche Unsumme von Arbeit mußten hierbei die Arbeiterbibliothekare leisten. Und weiter ist zu bemerken, welches Arbeiter Lesepublikum muß vorhanden sein, damit überhaupt ein so großer Wücherauswurf vor sich gehen konnte. Wir können das Werkchen nur bestens empfehlen.

Das Lehrprogramm einer Bauerschule ist sehr umfangreich, wie aus dem nachfolgenden Stundenplan der Nürnberger Schule hervorgeht. Es werden folgende Fächer gelehrt:

	Wöchentliche Stundenanzahl				
	I. Kurs	II. Kurs	III. Kurs	IV. Kurs	V. Kurs
1. Deutsche Sprache	5	3	2	—	—
2. Schönschreiben	4	—	—	—	—
3. Rablen- und Buchstabenrechnen	10	4	3	2	—
4. Winkelrechnen	—	—	—	2	2
5. Ebenenlehre mit Übungen	10	3	2	—	—
6. Raumlehre	—	3	2	—	—
7. Darstell. Raumlehre u. Schattenkonstr.	4	8	4	—	—
8. Freihandzeichnen	8	6	6	—	—
9. Formen	—	—	—	6	—
10. Bauformenzeichnen	—	4	6	—	—
11. Formenlehre	—	4	—	—	—
12. Linearzeichnen	4	—	—	—	—
13. Baukonstruktion in Stein	2	8	8	—	—
14. " Holz	2	6	8	—	—
15. " Eisen	—	—	—	—	4
16. Schreiner- und Schlosserlehre	—	—	—	4	—
17. Naturlehre, Kräfte- u. Festigkeitslehre	2	2	2	3	2
18. Baustofflehre	—	—	—	2	2
19. Hochbaukunde	—	—	2	5	—
20. Feuerungskunde	—	—	3	—	—
21. Baufostenberechnung	—	—	4	2	—
22. Baupolizeikunde	—	—	2	1	—
23. Vermessungskunde	—	—	—	2	3
24. Planzeichnen	—	—	—	1	—
25. Weg-, Brücken- und Wasserbau	—	—	—	4	8
26. Bauentwerfen	—	—	—	8	16
27. Baustofflehre	—	—	—	—	3
28. Gewerbl. Buchführung	—	—	—	—	4
29. Feuerlöschunterricht	—	—	—	—	—
30. Mathematische Wiederholung	—	—	—	—	4
Summe	51	51	50	50	50

suchen wollen und bloß Volksschulunterricht genossen haben, tun gut, sich zuvor Unterricht im bürgerlichen und Buchstabenrechnen erteilen zu lassen. In dieser Beziehung werden auf den Baugewerkschulen recht hohe Anforderungen gestellt. Wer in der Algebra mit einer schlechten Zensur vorlieb nehmen muß, hat dann weiter schwer zu kämpfen mit dem Winkelrechnen, der Kräfte- und Festigkeitslehre und der Statistik. Dieser Mißhelligkeit kann vorgebeugt werden, wenn der nötige Privatunterricht genommen wird; der Selbstunterricht ist nicht zu empfehlen. In der Algebra kommt man mit dem vielgepriesenen Selbststudium nicht allzumeist. Außerst zu empfehlen ist für die jungen Leute, so hauptsächlich in den Städten, auch die gewerblichen Abendschulen zu besuchen. Das dort Gelernte ist auf den Baugewerkschulen sehr gut zu gebrauchen.

Auch aus unsern Kollegenkreisen rekrutiert sich das Schülermaterial auf den Baugewerkschulen. Aus diesem Grunde nehmen wir Veranlassung, diese kleine Schilderung zu schreiben. Für die Steinmetzen bestehen besondere Abteilungen in Zerbst und Görlitz.

Aphorismen.

Schon in mancher Partei trat eine Spaltung ein, weil zwei ihrer Führer — dasselbe wollten.

Soziales: Eine Menge Unheil in dieser Welt entsteht daraus, daß der Hunger der Ueberfättigten nicht gestillt werden kann.

Der Eid des Wolfes. Ein Wolf, der in den Schlingen eines Landmannes sich gefangen hatte, schwor hoch und teuer, wenn man diesmal noch seines Lebens schonte, keinen Bissen Fleisch mehr, sondern nur Kräuter und höchstens Fische zu fressen. Der leichtgläubige Bauer ließ sich überreden, öffnete die Schlingen und der Wolf entfernte sich. Kaum manig Schritte mochte er gegangen sein, so nahm er ein Schwein wahr, das in einem Trudel sich wälzte. Ah, siehe da! rief er, das ist ein Tier, das im Wasser lebt und also ganz gewiß ein Fisch. Hier bindest mich kein Eid. Indem er dies noch sprach, überfiel und zerriß er dasselbe.